

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie *leben!*



Deutsches
Jugendinstitut

Abschlussbericht

Laura Meijer, Pia Sauermann

„Hm, also ein neues Fach, zum Beispiel Politik“

Ergebnisse einer qualitativen Befragung Jugendlicher zu Bedarfen
der Demokratieförderung und politischen Bildung

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2024 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung Dezember 2024
ISBN: 978-3-86379-555-9
DOI: 10.36189/DJI202451

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartner:
Dr. Frank Greuel
Telefon +49 345 68178-29
E-Mail greuel@dji.de

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das veröffentlichende Institut die Verantwortung.

Inhalt

Zusammenfassung		5
1	Einleitung	7
2	Methodik	10
3	Bestandsaufnahme: „also ich würde mir einfach wünschen, dass wir weiter in ner Demokratie leben“	12
	3.1 Politikverständnisse	12
	3.2 Politische Themen und Alltagsbezüge	14
	3.3 Vorstellungen einer „guten Gesellschaft“	16
	3.4 Zwischenfazit	18
4	Erfahrungsräume: „[Politik] ist kein Tabuthema, aber es wird selten angesprochen“	19
	4.1 Schule	19
	4.2 Digitale Medien	22
	4.2.1 Desinformation	23
	4.2.2 Hass im Netz	24
	4.3 Zwischenfazit	25
5	Bedürfnisse zu Lernthemen und zur Angebotsgestaltung: „ich wäre dann tatsächlich für Mitmachveranstaltungen“	27
	5.1 Lerninteressen	27
	5.2 Bedürfnisse zur Angebotsgestaltung	29
	5.3 Zwischenfazit	33
6	Bedarfe junger Menschen: „Na es fehlt irgendwie der Bezug von der Politik zur Jugend finde ich“	34
	6.1 Bedarfe bei Jugendlichen und im direkten Umfeld	34
	6.2 Bedarfe aufseiten politischer Akteur:innen	37
	6.3 Zwischenfazit	39
7	Fazit	40
8	Literaturverzeichnis	43

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse einer qualitativen Befragung Jugendlicher im Alter von 14 bis 18 Jahren dar. In den insgesamt 20 semistrukturierten Einzelinterviews wurden die Einschätzungen, Erfahrungen und Bedürfnisse der jungen Menschen bezogen auf verschiedene politikbezogene Bereiche thematisiert. Die Studie zielt darauf ab, anhand der Perspektiven junger Menschen Bedarfe der Demokratieförderung und politischen Bildung zu identifizieren.

Zentrale Befunde aus der qualitativen Befragung:

- Die Politikverständnisse Jugendlicher unterscheiden sich insbesondere nach ihrer Weite. Dabei geht ein enges, institutionenbezogenes Politikverständnis mit einer größeren Distanz zur Politik einher. Ein breiteres Politikverständnis bezieht sich nicht nur auf viele gesellschaftliche Bereiche sowie die eigenen Lebenswelten der jungen Menschen, sondern darüber hinaus auch auf die Auseinandersetzung unterschiedlicher Positionen.
- Bezogen auf das aktuelle Weltgeschehen ist der Angriffskrieg auf die Ukraine und der Israel-Gaza-Konflikt bei den Jugendlichen sehr präsent, ferner auch die Klimakrise und der politische Rechtsruck.
- Politische Themen spielen im Alltag junger Menschen auf verschiedene Weise eine Rolle: über die eigene oder die Betroffenheit von Gleichaltrigen und Familienmitgliedern oder weil sie bei ihnen Emotionen, wie z. B. Angst, auslösen.
- Die Jugendlichen zeigen ein hohes Bewusstsein für die Vielfalt in der Gesellschaft und wünschen sich einen respektvollen Umgang miteinander sowie das Fortbestehen demokratischer Grundsätze.
- Schulische Formate zu aktuellen politischen Themen und Hintergründen sowie spezifische Projekte oder Exkursionen finden bei Jugendlichen Anklang.
- Jugendliche, insbesondere auf nicht-gymnasialen Bildungswegen, berichten von Leerstellen in der schulischen politischen Bildung, die daraus resultieren, dass Lehrkräfte sich politisch vollständig neutral verhalten oder normative Setzungen nicht begründen.
- Jugendliche zeigen ein hohes Problembewusstsein bezogen auf Desinformation und Hass im Netz. Es fehlt allerdings an Hintergrundwissen und Umgangsstrategien.
- Die Jugendlichen äußern ein besonders hohes Bedürfnis, mehr über politische Parteien, Parteipolitik und politische Positionen zu lernen.
- Bezogen auf die Gestaltung von politischen Bildungsangeboten wünschen sich die Jugendlichen eine lebensnahe, erfahrungsorientierte und interaktive Vermittlung, die während der Schulzeit stattfindet sowie den Einbezug digitaler Formate.
- Junge Menschen beschreiben ein politisch aktives soziales Umfeld als wichtig, um selbst politisch aktiv zu werden.
- Jugendliche verorten Bedarfe insbesondere aufseiten der Politik, die ihre Belange, ihre Interessen und ihr politisches Engagement ernstnehmen sollte.

Es können für die Demokratieförderung und politische Bildung Bedarfe abgeleitet werden:

- nach politischen Bildungsangeboten, die Politik und Demokratie erfahr- und erlebbar machen,
- nach offenen Diskussionsräumen, in denen (auch kontroverse) politische Themen besprochen werden können,
- nach einer Beschäftigung mit politischen Parteien, politischen Positionen und Parteipolitik,
- nach Sensibilisierung, Hintergrundinformationen und Umgangsstrategien zu den Phänomenen Desinformation und Hass im Netz,
- nach digitalen politischen Bildungsformaten,
- nach einem politischen System und politischen Akteur:innen, die responsiv sind in Bezug auf jugendliche Interessen und jungendliches Engagement.

1 Einleitung¹

„Hm, also ein neues Fach, zum Beispiel Politik“, so lautet die Antwort von Justin (Name geändert) auf die Frage, was junge Menschen aus seiner Sicht brauchen, um sich für Politik zu interessieren. Seine Antwort mag zunächst überraschen, denn politische Bildung zählt in Deutschland zu den schulischen Bildungsaufgaben. Für Justin, der 17 Jahre alt ist und gerade die Hauptschule abgeschlossen hat, scheint dies aber gar nicht so offensichtlich: In seiner Wahrnehmung hatten politische Inhalte in der Schule nur wenig bis gar keinen Raum. Dabei interessiert ihn Politik durchaus und er würde gerne mehr über Themen wie politische Parteien und die Klimakrise lernen. Seine Lösung – das Einführen eines neuen Faches und zwar Politik – steht damit symbolisch für das, was sich im Verlaufe seines Interviews, aber auch über die hier vorgestellte Studie zu den Bedarfen junger Menschen in den Bereichen der politischen Bildung und Demokratieförderung hinweg immer wieder zeigt: Jugendliche verfügen über ein breites Spektrum politischer Interessen und Lernbedürfnisse, die aber in Teilen nicht erfüllt werden. Dazu spiegelt sich in Justins Antwort auch der Eindruck vieler Jugendlicher wieder, die formal niedrige Schulformen besuchen: Politische Themen spielen in der Schule, in ihrem zentralen Lernort, nur bedingt eine Rolle.

Die Antwort von Justin entstand im Rahmen einer qualitativen Studie zu den Bedarfen junger Menschen in den Bereichen der politischen Bildung und Demokratieförderung. Junge Menschen sind die Hauptzielgruppe politischer Bildung und Demokratieförderung. Bedarfe in diesem Bereich können folglich nicht unabhängig von den Perspektiven und Bedürfnissen junger Menschen formuliert werden. Im Rahmen des Verbundprojekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ wurden die Bedürfnisse und Bedarfe² junger Menschen deswegen in zwei Erhebungen erfasst: Erstens in einer standardisierten Online-Befragung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Henschelmann/Meijer/Sauermann 2024) und zweitens in insgesamt 20 qualitativen Interviews mit Jugendlichen zu ihren Perspektiven auf Politik, ihren Problemwahrnehmungen und ihren Bedürfnissen in Bezug auf politische Bildung und Demokratieförderung. Die entsprechenden Studien wurden von der Fachgruppe „Politische

1 Wir danken Susanne Timling für die sprachliche Überarbeitung und die formale Redaktion des Berichts.

2 Die in diesem Bericht häufiger verwendeten Begriffe „Bedürfnis“ und „Bedarf“ werden hier folgendermaßen verstanden: Bedürfnisse sind individuell verankert. Es handelt sich hier kurzgesagt um ein subjektives Verlangen nach etwas. Im Kontext dieses Berichts wäre dafür ein Beispiel das Bedürfnis eines Jugendlichen mehr über Parteipolitik zu lernen. Bedarfe bewegen sich auf einer übergeordneten Ebene. Sie können aus Bedürfnissen abgeleitet werden, indem diese normativ als wünschenswert erachtet werden. Nicht jedem Bedarf muss unbedingt ein subjektives Bedürfnis vorausgehen: Bedarfe können z. B. auch aus einem Abgleich zwischen einem Ist- und Soll-Zustand hervorgehen. Im Kontext dieses Berichts wäre dafür ein Beispiel der Bedarf nach mehr kontroversen Diskussionen im Schulraum. Für eine weitere Diskussion dieser Begriffe, siehe auch Meijer/Sauermann, im Erscheinen.

Sozialisation und Demokratieförderung“ des Deutschen Jugendinstituts in der Außenstelle Halle (Saale) durchgeführt.

Ziel der qualitativen Studie war es, Bedürfnisse und Bedarfe junger Menschen in Bezug auf politische Bildung und Demokratieförderung zu identifizieren und besser zu verstehen. Dies erfolgte einerseits über Analysen der (Problem-)Wahrnehmungen junger Menschen, u. a. vom (politischen) Weltgeschehen, von Zugängen zu politischen Informationen oder von politischen Bildungsangeboten. Darüber hinaus wurden junge Menschen konkret zu ihren Bedürfnissen im Bereich der politischen Bildung bzw. Demokratieförderung befragt und ihre Perspektiven auf Bedarfe junger Menschen eingefangen. Bei den Situations- oder Problemwahrnehmungen lassen sich Bedarfe hauptsächlich indirekt aus den Analyseergebnisse ableiten, z. B. indem für Jugendliche relevante Themen identifiziert werden. Die Fragen nach Bedürfnissen zielen hingegen auf die Einschätzung von eigenen Unterstützungsbedürfnissen und Wünschen nach politischer Bildung seitens der jungen Menschen ab.

Die Bedarfsanalyse knüpft an aktuelle Studien zu Bedarfserhebungen bei jungen Menschen an. Die Bedarfsanalysen von Sabine Andresen u. a. (2019), Esther Herfurth u. a. (2023) und Tabea Schlimbach u. a. (2024) zeigen, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind, über ihre eigene Lebenslage zu berichten und Bedürfnisse zu artikulieren. Bedarfsanalysen mit jungen Menschen im Bereich der politischen Bildung bzw. Demokratieförderung ermöglichen, ihre Perspektiven in den Prozess der Gestaltung von z. B. Angeboten einfließen zu lassen. Zugleich stimmen wir mit Sabine Andresen u. a. (2019) überein, wenn sie schreiben: „die Prämisse ist jedoch nicht, dass den Aussagen von Kindern und Jugendlichen eine höhere Wahrheit oder Authentizität als anderen zukommt. Vielmehr geht es darum, ihrem Recht, gehört und anerkannt zu werden, auch in der Forschung und beim Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Fachpraxis, Politik und Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen“ (S.13).

An dieser Stelle sollte auch kurz auf die terminologische Unterscheidung von den in diesem Bericht verwendeten Begriffen Demokratieförderung und politische Bildung eingegangen werden. Beide Begriffe werden im Diskurs oft synonym verwendet und eine klare Trennung ist nicht immer möglich oder sinnvoll. Im vorliegenden Bericht wird Demokratieförderung als übergreifendes Konstrukt betrachtet, in dem sie sowohl „individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung, Verfahrensentwicklung [sowie] Struktursicherung und -entwicklung“ umfasst (Walter/Ehner 2022, S. 8). Der Begriff Politische Bildung bezieht sich vor allem auf das Erstgenannte und fokussiert die Entwicklung oder Stärkung von politischem Wissen, demokratischen Einstellungen, Kompetenzen und Handlungsfähigkeit. Der Begriff wird sowohl für den schulischen Politik-, Gemeinschafts- und Sozialkundeunterricht genutzt als auch für außerschulische Angebote im analogen und digitalen Raum (Maier 2024; Lange 2018). In diesem Bericht wird dann von politischer Bildung gesprochen, wenn junge Menschen z. B. von ihren Erfahrungen in der Schule berichten oder sich spezifische Angebote wünschen. Bei übergreifenden Ableitungen zur Angebotslandschaft usw. sprechen wir von Demokratieförderung, wobei dann Politische Bildung mitgemeint ist. Eine ausführliche Betrachtung der verschiedenen

Begriffe findet sich beispielsweise im 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2022, S. 118–130).

Die Struktur dieses Berichts ist wie folgt: Zunächst wird das methodische Vorgehen skizziert (Kapitel 2). Im Anschluss erfolgt eine Darstellung der Ergebnisse in vier thematischen Kapiteln. Im Kapitel 3 wird beschrieben, was junge Menschen unter Politik verstehen, welche politischen Themen sie beschäftigen und wie sie sich eine gute Gesellschaft vorstellen. Das Kapitel zeichnet somit ein allgemeines Bild davon, in welchem Verhältnis junge Menschen zu Politik stehen und schafft einen Rahmen für die weiteren Analysen. Kapitel 4 analysiert zwei zentrale Räume, in denen junge Menschen mit politischen Inhalten in Kontakt kommen, nämlich den Schulraum und den (digitalen) Medienraum. Diese Räume sind von Bedeutung, weil sie nahezu alle jungen Menschen erreichen und so auch für die Vermittlung von politischen Inhalten zentral sind. Die Erzählungen junger Menschen zu ihren Erfahrungen in diesen Räumen können dabei helfen zu verstehen, wo es möglicherweise Schwachstellen gibt und wie Angebote sinnvoll gestaltet werden können. In Kapitel 5 stehen die Bedürfnisse junger Menschen zu Lernthemen und zur Angebotsgestaltung im Zentrum. Es wird der Frage nachgegangen, was junge Menschen aus ihrer Sicht brauchen, um zu politischen Themen zu lernen. Zusätzlich zu ihren eigenen Bedürfnissen gaben sie als lebensweltliche Expertinnen und Experten für ihre Generation Einschätzungen zu den allgemeinen Bedarfen junger Menschen in Bezug auf politisches Interesse und politische Partizipation ab. Die Ergebnisse dazu werden im letzten inhaltlichen Kapitel 6 vorgestellt. Abschließend wird ein übergreifendes Fazit gezogen (Kapitel 7).

2 Methodik

Bei der qualitativen Bedarfsanalyse handelt es sich um eine Interviewstudie mit insgesamt zwanzig semi-strukturierten Einzelinterviews mit Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren. Aufgrund der kurzen Laufzeit des Projekts wurde für die Umsetzung der Studie teilweise auf einen bereits bestehenden Feldzugang zurückgegriffen. Zwölf Interviews fanden als Zusatzbefragung im Rahmen der dritten Welle der DJI-Studie „Verläufe politischer Sozialisation im Jugendalter“ statt.³ Da in dieser Welle der Verlaufsstudie Personen mit (formal) niedrigen Bildungsabschlüssen unterrepräsentiert sind, in der quantitativen Jugendbefragung jedoch einen starken Einfluss von Bildung auf Haltungen und Bedürfnisse junger Menschen festgestellt wurde (Henschelmann/Meijer/Sauermann 2024), wurden im Nachgang acht weitere Interviews mit jungen Menschen durchgeführt, die einen Haupt-, Real- oder Berufsschulabschluss anstreben bzw. bereits besitzen.⁴ Der Zugang zu den Interviewten lief über Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und einer Lehrkraft eines Berufskollegs, die den Kontakt zu den jungen Menschen herstellten.⁵ Für ihre Teilnahme erhielten die jungen Menschen eine Aufwandsentschädigung in Form eines 15-Euro-Gutscheins.

Zur Zeit des Interviews strebten neun Personen das Abitur an. Drei Personen gingen auf einer Oberschule, drei auf ein Berufskolleg, drei weitere Personen waren in einer Ausbildung und zwei Personen nicht im regulären Schul- oder Ausbildungssystem. Elf der zwanzig Befragten sind männlich, neun weiblich. Achtzehn Befragte lebten zur Zeit der Befragung in einer Mittel- oder Großstadt, die Hälfte jeweils in Ost- und Westdeutschland. Trotz der Berücksichtigung von verschiedenen demographischen Merkmalen bei der Samplebildung erhebt die hier vorgestellte Studie keineswegs den Anspruch, alle oder einen Großteil der Bedürfnisse oder Bedarfe junger Menschen abzudecken, allein schon aufgrund der geringen Stichprobengröße. Vielmehr ist es das Ziel, verschiedene Perspektiven besser zu verstehen und Raum für Bedürfnisartikulationen zu schaffen.

Die Interviews waren semi-strukturiert. Ein vorab erstellter Leitfaden beinhaltete u. a. Fragen zum Politikverständnis, zur Rolle von Politik im täglichen Leben, zu

3 Wir danken Ina Weigelt, Sally Hohnstein und Maren Zschach von der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention für die gute Zusammenarbeit, für ihre Expertise und für die Möglichkeit, einen Großteil der Daten im Rahmen der qualitativen Panelstudie zu erheben. Für mehr Information zur Studie: www.dji.de/afs

4 Die Unterrepräsentanz junger Menschen mit (formal) niedrigerer Bildung in Studien zu Jugend, Politik und politischer Bildung wird häufig mit Herausforderungen beim Feldzugang begründet. Auch in unserer Studie stießen wir auf Schwierigkeiten bei der Suche nach Studienteilnehmenden u. a., weil Jugendliche kein Interesse an einer Teilnahme äußerten, sie aus verschiedenen Gründen keine Kapazitäten für eine Teilnahme hatten oder weil bei den Fachkräften Kapazitäten für die Kontaktvermittlung fehlten. Für zukünftige Studien wäre es sinnvoll, mehr Zeit für den Feldzugang einzuplanen.

5 Wir danken allen Fachkräften, die uns bei der Vermittlung von Studienteilnehmenden unterstützt haben ganz herzlich!

Informationsquellen für politische Themen, zu Erfahrungen mit Bildungsangeboten und politischen Sozialisationsräumen und zu Vorstellungen zur Angebotsgestaltung. Darüber hinaus wurde im Interview Raum für eigene Themensetzungen gelassen. Die Interviews dauerten zwischen etwa fünfzehn Minuten und einer Stunde. Sie fanden entweder in Person oder über das Konferenztool Webex statt. Die Audioaufnahmen wurden transkribiert und anonymisiert. Bei den in diesem Bericht verwendeten Namen handelt es sich um Pseudonyme.

Die qualitativen Interviews wurden nach der qualitativen inhaltsanalytischen Methode ausgewertet (Schreier 2014), wobei wir uns bei der Auswertung vor allem an der Vorgehensweise von Udo Kuckartz und Stefan Rädiker (2022) orientierten. Sie schlagen sechs Analyseschritte vor, mit dem Ziel die (Interview-)Daten auf systematischer Weise zusammenzufassen und die Komplexität des Materials zu reduzieren (Kuckartz/Rädiker 2022, S. 14). Im ersten Schritt haben wir dementsprechend die Daten relativ offen erkundet, indem jedes Interview im Ganzen durchgelesen und Notizen (Memos) dazu verfasst wurden. Parallel dazu erstellten wir eine erste Version eines Codebaums anhand unseres Interviewguides (Schritt 2). Der Codebaum wurde während des Kodierens (Schritt 3) weiter mit neuen, induktiven Codes ergänzt und im weiteren Prozess überarbeitet (Schritt 4). Anhand des kodierten Materials wurden dann in Schritt 5 die Codes gruppiert und die wichtigsten Kategorien zur Beantwortung der grundlegenden Forschungsfrage, welche Bedürfnisse und Bedarfe der Demokratieförderung und politischen Bildung junge Menschen haben (siehe Kapitel 1), herausgearbeitet. Das Resultat von Schritt 6 ist dieser Bericht, in dem die Ergebnisse verschriftlicht wurden.

3 Bestandsaufnahme: „also ich würde mir einfach wünschen, dass wir weiter in ner Demokratie leben“

Was verstehen junge Menschen eigentlich unter Politik? Welche politischen Themen beschäftigen sie und auf welche Weise? Spielen diese Themen aus Sicht der jungen Menschen in ihrem Leben eine Rolle? Und welche Vorstellungen haben sie von einer guten Gesellschaft? Im vorliegenden Kapitel werden Befragungsergebnisse gebündelt, die diese Fragen beantworten und somit ein allgemeines Bild davon zeichnen, in welchem Verhältnis junge Menschen zu Politik stehen. Auch wenn diese Ergebnisse nicht direkt auf Bedarfe der Demokratieförderung und politischen Bildung verweisen müssen, lassen sich durchaus Anknüpfungspunkte für die Ausrichtung und Ausgestaltung von entsprechenden Angeboten finden. Darüber hinaus zeigt sich, welche Themen, Wissens- oder Kompetenzbereiche noch stärker in den Blick genommen werden können.

3.1 Politikverständnisse

Interviews, in denen das Wort „Politik“ Verwendung findet, sind immer auch davon geprägt, was die Befragten selbst unter Politik verstehen (siehe z. B. Kruse 2021). Ein Einblick in die Politikverständnisse junger Menschen schafft somit die Grundlage für weitere Analysen der Perspektiven junger Menschen auf den politischen Raum, auf ihre Bedürfnisse und auf ihren Blick auf die Bedarfe junger Menschen. Darüber hinaus kann die Analyse zu den Politikverständnissen junger Menschen auch Hinweise dazu geben, wo politische Bildungsangebote anknüpfen können, um mit jungen Menschen über Politik ins Gespräch zu kommen. Im Folgenden werden zwei Arten von Politikverständnissen dargelegt, die sich aus dem Material ergeben: ein engeres, institutionenbezogenes Politikverständnis und ein breiteres, mehr gesellschaftsorientiertes Politikverständnis (siehe für eine ähnliche Aufteilung ebd.). Diese beiden Politikverständnisse schließen sich jeweils nicht aus, jedoch zeigt sich, dass das engere Politikverständnis im Befragungsmaterial häufiger vertreten ist.

Enges Politikverständnis: „Politik ist so verschiedene Parteien“

Gefragt danach, was Politik für sie ist, beziehen sich viele der jungen Menschen auf formelle politische Institutionen, Prozesse und Systeme. Politik ist dabei begrenzt auf bestimmte Personen, wie z. B. Politiker:innen oder Parteien, bestimmte Räume, wie z. B. der Land- oder Bundestag, bestimmte Verfahren, wie z. B. das Wählen in einer Demokratie oder bestimmte Regularien, wie Gesetze. Besonders bei Personen mit (formal) niedriger Bildung bleiben die Beschreibungen dieser formellen Politik oft relativ abstrakt und teilweise diffus. Politik ist das, was irgendwo anders stattfindet und von anderen betrieben wird. Genauere Beschreibungen der politischen Prozesse bleiben dabei aus. So beschreibt Max (17, Berufskolleg) auf folgende Art und Weise, was Politik für ihn ist:

„Also Politik ist für mich so, das äh Leute im Landtag sitzen, also da im Haus, wo die immer alles besprechen und dann Abstimmungen machen, neue Gesetze entscheiden, verabschieden. Besprechen, wie die was besser machen können oder manchmal auch schlechte Sachen machen.“

Max (17, Berufskolleg)

An seinem Verständnis von Politik fällt auf, dass er Politik mit Personen an bestimmten institutionellen Orten verknüpft. Diese Orte sind für ihn gleichzeitig auch mit Abläufen verbunden: dort im Landtag oder im Haus wird „immer alles“ besprochen, werden Abstimmungen gemacht oder Gesetze verabschiedet. Wo er relativ genau Begriffe für z. B. Gesetzesverabschiedungen verwendet, bleibt der Prozess bis dahin relativ diffus: Politik ist ein dauerhaftes Reden, manchmal mit guten und manchmal mit schlechten Konsequenzen. Politik erscheint dadurch wenig greifbar und relativ weit von ihm entfernt.

Generell zeigt sich im Material, dass der enge Politikbegriff und eine Verengung von Politik auf z. B. das Amt der Politiker:innen oder auf bestimmte Verfahren die Distanz zwischen den jungen Menschen und der Politik verstärkt. Wenn ein eigenes Agieren beschrieben wird, beschränkt sich das auf den Akt des Wählens, wie z. B. Caro (18, Berufskolleg) beschreibt: „Ja, Politik ist ähm bei uns, ja, Leute, die wir durch eine Demokratie, mit einer Demokratie wählen und die für uns Sachen entscheiden“. Caro verbindet mit dem Politikbegriff zwar das demokratische System, in dem „wir“ durch das Wahlverfahren einen Einfluss haben. Gleichzeitig bleibt auch hier der Abstand zwischen ihr und der Politik bestehen: Die gewählten „Leute“ entscheiden danach Sachen für „uns“. Es zeigt ein direktives Verständnis von Politik, die Gesetze macht, probiert „einen anzulenken, zu steuern“, wie Ference (16, Oberschule) es sogar beschreibt. Politik hat damit zwar eine Auswirkung auf das eigene Leben, die eigene Wirkmacht bleibt begrenzt.

Breites Politikverständnis: „für mich ist Politik alles eigentlich, alles, was man tut“

Ein breiteres Politikverständnis zeigt sich darin, dass sich die jungen Befragten in ihren Antworten auf mehrere gesellschaftliche Bereiche beziehen und/oder einen Bezug zum eigenen Leben herstellen. Am häufigsten passiert dies, indem Politik als eine Aushandlung verschiedener Meinungen dargestellt wird. Wo dies im engeren Politikverständnis auf Besprechungen von Politiker:innen begrenzt wird, bezieht sich die Aushandlung im breiteren Politikverständnis auf verschiedene Positionen in der Gesellschaft, wie dieses Zitat von Jasper (15, Realschule) darlegt: „[Politik ist] also jetzt im Generellen im Allgemeinen betrachtet Meinungsverschiedenheit und ne verschiedene Meinungen, wo man einfach zwischen allen einfachen Kompromiss finden sollte“. Politik hat hier nicht die Funktion, über oder für Personen zu entscheiden, sondern ist ein Prozess der Kompromissfindung zwischen den Meinungen aller Personen.

An manchen Stellen wird dies auch verknüpft mit einem Verständnis von Politik als Möglichkeit, gesellschaftliches Zusammenleben zu gestalten, Normen und Regeln für die Gesellschaft zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass „es möglichst vielen Menschen so gut wie möglich geht“ (Stephan, 20, Hauptschulabschluss). In den meisten Fällen bleibt das breite Politikverständnis jedoch auch auf einem generellen

Meinungsaustausch begrenzt, nur selten wird Politik z. B. als „Teilhabe, Mitbestimmung“ (Mia, 15, Realschulabschluss) beschrieben oder politische Partizipation mitaufgegriffen.

3.2 Politische Themen und Alltagsbezüge

Zu Beginn der Interviews wurden die teilnehmenden Jugendlichen gebeten, an das aktuelle Weltgeschehen zu denken und zu erzählen, was ihnen zu diesem einfällt. Die Frage diente einerseits zum Warmwerden, andererseits lassen sich durch die offene und das Wort „politisch“ vermeidende Fragestellung erste Rückschlüsse darüber ziehen, welche Themen bei jungen Menschen präsent sind, ohne dass das oben beschriebene Politikverständnis ihre Auswahl beeinflusst. Fast durchweg gehen die jungen Menschen hier zunächst auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den Israel-Gaza-Konflikt ein. Darüber hinaus kristallisieren sich zwei weitere Themenkomplexe heraus, die junge Menschen stark beschäftigen: die Klimakrise sowie der politische Rechtsruck, den die jungen Menschen zwar auch als globales Problem erachten, aber vor allem am Erstarken der AfD in Deutschland festmachen. Bei den weiblichen Befragten zeigt sich darüber hinaus ein Bewusstsein für Gender- und Diversitätsthemen, wie z. B. Feminismus, Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Unterdrückung von Frauen im Iran.

In den Interviews zeigen sich deutliche Unterschiede in der Art und Weise, wie die jungen Menschen über die genannten Themen sprechen. Junge Menschen, die sich auf einem gymnasialen Bildungsweg befinden, holen in der Regel weiter aus, ihre Ausführungen enthalten viele, teilweise auch sehr detaillierte Informationen und sie verwenden spezifische Begriffe. Junge Menschen mit formal niedriger Bildung benennen meistens die Kriege in der Ukraine sowie in Israel und Palästina und bewerten diese teilweise auch, ihre Ausführungen bleiben jedoch knapp, wenig differenziert und enthalten kaum Informationen. Das folgende Zitat von Lisa (18, Berufsausbildung) verdeutlicht dies: „Hm, das Ding ist, ich weiß halt nicht genau, was da los ist. Ich weiß halt nur, dass so viele Menschen sterben und das ist halt natürlich nicht gut.“

„man wird ja immer damit konfrontiert so halt“

Auf die Frage, welche Rolle die Themen des Weltgeschehens in ihrem Leben spielen und wie sie sich mit ihnen beschäftigen, erzählen die Jugendlichen, wie aktuelle politische Themen in ihrem Alltag präsent sind, ohne dass sie selbst danach gesucht haben oder selbst betroffen sind. Sie nehmen z. B. Demonstrationen oder Protestaktionen in ihrer Stadt wahr, ihre Lehrer:innen greifen die Themen im Unterricht auf oder sie beobachten Diskussionen und Konflikte auf Social Media. Ference (16, Oberschule) beschreibt die Allgegenwärtigkeit des Krieges in der Ukraine:

„Das, man siehts natürlich auch immer, man wird ja damit konfrontiert so halt. In den Nachrichten oder in der Schule oder halt irgendwo. Und halt, ja, und halt auch im Internet so, wenn man da irgendwelche Videos sieht, dann denkt man halt drüber nach.“

(Ference, 16, Oberschule)

Direkte Betroffenheit: Inflation und Gaspreise

Einige Befragte erzählen auch, auf welche Weise sie sich persönlich betroffen fühlen. Ein weiterer Teil der Jugendlichen verneint hier, einen direkten Einfluss auf das eigene Leben zu spüren, wobei nicht selten dann doch eine Form des Einflusses genannt wird. Häufig genannt werden die Inflation und die gestiegenen Gaspreise, die für viele direkt im Alltag spürbar sind. Während einige nur berichten, die teureren Preise im Supermarkt wahrgenommen zu haben, sind diese für andere mit konkreten Einschränkungen verbunden. So erzählt Benjamin (15, Gymnasium), dass seine Familie im Winter Gas gespart hat, z. B. durch kurzes Duschen, und Justin (17, Hauptschule) kann Backwaren nur noch im Supermarkt statt in der Bäckerei kaufen, obwohl sie ihm dort weniger gut schmecken.

Greifbare Eindrücke über Gleichaltrige und Familie

Auch über ihr soziales Umfeld kommen junge Menschen in Kontakt mit politischen Themen. Die Jugendlichen erzählen in den Interviews, dass sie Berührungspunkte mit Personen haben, die sich in schwierigen Situationen befinden, und so hautnah erleben, welche Folgen politische Entscheidungen haben können. Mia (15, Realschulabschluss) erklärt:

„meine eine Freundin, [...] die muss ja ihr äh Aufenthaltserlaubnisrecht heißt das glaub ich ähm äh verlängern lassen, und da merk ich, dass so Asylpolitik auch ein sehr heikles Thema ist, da wird ja auch viel drum diskutiert und gestritten, also das betrifft mich auch indirekt würd ich sagen.“

Mia (15, Realschulabschluss)

Anhand eines weiteren Beispiels, einem ukrainischen Mitschüler, erklärt Mia (15, Realschulabschluss) sehr eindrücklich, wie viel glaubhafter und fassbarer ihr Informationen über den Krieg in der Ukraine erscheinen, wenn sie ihr direkt von einem Betroffenen berichtet werden:

“und dann merkt man schon äh wie krass das da eigentlich ist, weil der kann uns aus erster Hand erzählen wies da wirklich ist, also unverfälschte Einblicke eigentlich, und dadurch merk ich das schon, dass es nicht was an mich direkt was zu tun hat, aber ich merk es da durch Paul wies wirklich ist.“

(Mia, 15, Realschulabschluss)

Die Erfahrungen von Lisa (18, Berufsausbildung), die von ihren muslimischen Freunden aufgefordert wird, die Modefirma Zara zu boykottieren⁶, und nicht sicher ist, wie sie darauf reagieren soll, deuten darauf hin, dass der Israel-Palästina-Konflikt auch in Freundeskreisen in Deutschland präsent ist und zu Unsicherheiten und Konflikten führen kann.

6 Der spanischen Modemarke wurde vorgeworfen, mit einer Werbekampagne auf den Krieg in Israel und Gaza anzuspähen und das Leid der palästinensischen Bevölkerung zu verhöhnern. Infolge kam es zu Protesten und Boykott-Aufrufen.

Emotionale Reaktionen

Über die direkte eigene oder eine eher indirekte Betroffenheit hinaus berichten die jungen Befragten davon, dass bestimmte politische Themen bei ihnen Emotionen auslösen, wobei hier vor allem die Kriege genannt werden. So fürchten sich mit Blick auf den Krieg in der Ukraine viele Jugendliche vor einer Ausweitung: „Weil man hat ja schon ein bisschen Angst, könnte man sagen. Dass Deutschland angegriffen werden könnte. Das kann ja jederzeit passieren“ (Max, 17, Berufskolleg). Neben dieser Furcht fühlen sich Jugendliche betroffen vom „Leid auf der Welt, gerade in Kriegsgebieten“ (Florian, 17, Berufskolleg). Bei einigen Befragten führt dies auch dazu, dass sie mehr wertschätzen, ein sicheres Leben in Deutschland zu führen. Livia (16, kooperative Gesamtschule) berichtet hingegen von einer starken psychischen Belastung: „dass das irgendwie mit dem Krieg irgendwie alles scheiße ist, dass ich wirklich dann zwei Tage zuhause war und wirklich im Bett war und sehr sehr deprimiert war deswegen“.

Eine weitere Thematik, die bei Jugendlichen Angst oder zumindest Besorgnis auslöst, ist die Klimakrise. Hier gibt es vor allem junge Menschen, die sich vor deren direkten Folgen fürchten, „weil die ja vor allem mich und meine Nachgeneration betreffen wird“ (Liam, 16, Gymnasium), aber auch klimapolitische Maßnahmen werden von einzelnen Jugendlichen als bedrohlich empfunden:

„es bewegt ja irgendwie auch einen, also wenn man das so, äh, äh, jetzt zum Beispiel wir wohnen ja in einem alten Haus wenn jetzt so ne Wärmepumpe hier reingekommen wär, wie würde man das machen [...] wie kann das gehen.“

(Mario, 16, Gymnasium)

3.3 Vorstellungen einer „guten Gesellschaft“

Die jungen Menschen wurden weiterhin gefragt, was für sie zu einer guten Gesellschaft gehört. Die Antworten verweisen einerseits auf ihre grundlegenden gesellschaftlichen Werte, andererseits zeigen sie, an welchen Stellen die Jugendlichen unzufrieden sind und Probleme wahrnehmen. Ein Großteil der Antworten bezieht sich direkt auf den Umgang miteinander. Ferner werden demokratische Grundsätze sowie verschiedene Einzelthemen genannt.

Hohes Bewusstsein für (Meinungs-)Vielfalt

Ein zentrales Thema in den Antworten der Jugendlichen sind die „Verschiedenheiten“ (Lisa, 18, Berufsausbildung) der Gesellschaftsmitglieder. Diese werden jedoch nicht per se als Problem erachtet, vielmehr zeigen die jungen Menschen ein hohes Bewusstsein darüber, dass viele gesellschaftliche Probleme und Konflikte einem falschen Umgang mit Vielfalt entspringen. Auffällig ist, dass die jungen Menschen vor allem auf unterschiedliche Meinungen eingehen, weitere Unterscheidungsmerkmale wie z. B. Herkunft oder Religion werden nur vereinzelt genannt. Dies deutet darauf hin, dass Meinungspolarisierungen bei den jungen Menschen sehr präsent sind und als problematisch wahrgenommen werden. Zwar werden auch andere Formen von Diskriminierung genannt, hier bleiben die Ausführungen jedoch abstrakter und weniger plastisch.

Respektvoller Umgang miteinander

Im Umgang mit dieser Vielfalt wünschen sich viele junge Menschen in den Interviews „Respekt“. Genannt werden außerdem „Anstand“ (Simon, 16, Gymnasium), „Solidarität in der Bevölkerung“ (Liam, 16, Gymnasium), „Toleranz“ (Linus, 15, Gymnasium) und „Offenheit“ (Sofie, 15, Gymnasium). Im Kern geht es den jungen Menschen darum, dass die Gesellschaft nicht aufgrund von Unterschiedlichkeiten in Streits, Diskriminierungen und Respektlosigkeit verfallen soll. Gleichzeitig wird es auch als Wert verstanden, dass jeder „sich selbst sein“ (Caro, 18, Berufskolleg) kann. Lisa (18, Berufsausbildung) fasst die grundlegende Haltung, die sich in vielen Interviews widerspiegelt, folgendermaßen zusammen: „Ja, das ist so gute Gesellschaft, wenn man auch mit Verschiedenheiten trotzdem noch sozusagen auf einen Nenner kommt und trotzdem miteinander leben kann.“

Mario geht noch weiter darauf ein, welche Konsequenzen unterschiedliche politische Meinungen haben können. Er plädiert dafür, politische Ansichten auch mal auszuklammern und soziale Beziehungen auch mit Personen zu führen, die nicht dieselbe politische Meinung haben:

„dann ist natürlich die Frage ob das noch so ne gute Gesellschaft ist. Wenn man sich nicht mehr mit Leuten trifft weil man sagt, ja diiee sind, die sind mir zu äh weiß nicht, die sind mir zu unpolitisch oder die sind mir zu politisch. Dann hat das nichts mehr mit Gesellschaft zu tun, also wenn man sich nicht mehr treffen kann ohne dass man von Politik redet, weil Politik ist zwar was Großes aber nicht alles.“

(Mario, 16, Gymnasium)

Demokratische Grundsätze: wichtig für das Zusammenleben, aber gefährdet

Einige Jugendliche betonen den Wert der Demokratie für die Gesellschaft. Konkret benannt werden hier die Rechte auf Mitbestimmung und auf freie Meinungsäußerung. Das folgende Zitat weist darauf hin, dass die Geltung demokratischer Grundsätze als Wunsch für eine bessere Gesellschaft gerade auch deswegen genannt wird, weil sie nicht mehr als Selbstverständlichkeit erachtet wird:

„also ich würde mir einfach wünschen, dass wir weiter in ner Demokratie leben, weil ich glaube, dass, ähm, niemand das wirklich eigentlich aufgeben will, aber ja, wer weiß, was eben jetzt so passiert und ja, ich hoffe einfach, dass es so bleibt, das würde ich mir wünschen, also dass die Demokratie bleibt und die Werte damit, genau.“

(Simon, 16, Gymnasium)

In einigen Interviews werden nicht die Merkmale einer Demokratie betont, aber es finden Abgrenzungen gegenüber „Nazis [...] oder alles, was halt rechts ist irgendwie“ (Benjamin, 15, Gymnasium), gegenüber „Faschismus oder Rassismus“ (Fynn, 14, Gymnasium) und gegen „rechtsextrem und linksextrem“ (Nele, 17, Berufsausbildung) statt.

Neben den dargestellten Themenkomplexen gibt es verschiedene Aspekte, die für einzelne junge Menschen zu einer guten Gesellschaft gehören. Hierzu zählen eine

gute Kritikkultur, soziale Gerechtigkeit und das gemeinsame Erleben von Spaß und Freude.

3.4 Zwischenfazit

Die Bestandsaufnahme zum Verhältnis Jugendlicher zu Politik und Gesellschaft bietet verschiedene Anknüpfungspunkte für Angebote der Demokratieförderung und politischen Bildung. Zu nennen ist die Verbreitung eines begrenzten und stark institutionenbezogenen Politikverständnisses, das bei den Jugendlichen mit einem ausgeprägten Distanz- und Machtlosigkeitsempfinden verbunden ist. Es ist davon auszugehen, dass das Politikverständnis die Beantwortung der Frage nach politischem Interesse beeinflusst, die häufig in quantitativen Befragungen gestellt wird. In der im selben Projekt durchgeführten standardisierten Online-Befragung haben 32% der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen angegeben, sich nicht oder wenig für Politik zu interessieren (Henschelmann/Meijer/Sauermann 2024, S. 13). Bei der Interpretation dieser Zahl ist mitzudenken, dass diese jungen Menschen möglicherweise über ein enges Politikverständnis verfügen, sich aber für politisch relevante Themen im weiteren Sinne durchaus interessieren.

Wie die Interviewdaten zeigen, sind politische Themen wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der Nahost-Konflikt oder die Klimakrise für junge Menschen durchaus greif- und spürbar. Nicht nur, wenn sie selbst direkt von ihnen betroffen sind, sondern auch wenn sie auf verschiedene Weise emotional von ihnen berührt werden oder Personen aus ihrem sozialen Umfeld betroffen sind. Das beschäftigt junge Menschen und belastet sie. Darüber hinaus zeigt sich in den Interviews ein hohes Interesse an der vielfältigen Gesellschaft und einem respektvollen Zusammenleben.

Übergreifend fällt auf, dass die Ausführungen der jungen Menschen mit (formal) niedrigem Bildungsniveau zu politischen Themen häufig eher knapp sind und wenig fundierte Informationen oder spezifische Begrifflichkeiten enthalten. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der standardisierten Online-Befragung, in der sich bei verschiedenen politischen Haltungen, wie z. B. politischem Interesse oder politischer Selbstwirksamkeit, ein positiver Effekt (formal) hoher Bildung zeigt (Henschelmann/Meijer/Sauermann 2024, S. 13–18). Die hier herausgearbeiteten Betroffenheiten, Einstellungen und Interessen junger Menschen sollten bei der Konzeption von Angeboten der politischen Bildung genutzt werden.

4 Erfahrungsräume: „[Politik] ist kein Tabuthema, aber es wird selten angesprochen“

Jugendliche kommen in verschiedenen Räumen und auf verschiedenen Wegen mit politischen Themen in Kontakt. Sowohl die Institution Schule als auch digitale Medien sind hier von zentraler Bedeutung, da sie nahezu alle jungen Menschen erreichen. Zwar wurden die Jugendlichen in den Interviews auch gefragt, ob sie im Rahmen außerschulischer Institutionen oder Angebote schon mal über politische Themen gesprochen haben, dies wurde aber von den allermeisten Befragten verneint.

Die Schule hat den Auftrag, Schüler:innen auch politisch zu bilden, und sollte „im Idealfall Disparitäten ausgleichen und allen gleiche Zugangschancen – auch hinsichtlich politischer Involvierung und Teilhabe – ermöglichen“ (Achour/Wagner 2019, S. 18). Aus den Erfahrungen, die junge Menschen mit politischer Bildung im schulischen Kontext machen, können daher auf verschiedene Weise Bedarfe abgeleitet werden: Sie verweisen auf Leerstellen und auf mögliche Herausforderungen und Probleme, aber auch auf erfolgreiche pädagogische Aktivitäten. Die Erfahrungen, die junge Menschen mit politischen Themen in den digitalen Medien machen, zeigen wiederum auf, an welchen Stellen Wissens- oder Kompetenzvermittlung notwendig ist, damit sie mit Herausforderungen wie Hass im Netz oder Desinformation zurechtkommen. Gleichzeitig findet auch immer mehr politische Bildung auf oder mit sozialen Medien statt (siehe z. B. Maier 2024). Besser zu verstehen, wie junge Menschen den digitalen Raum nutzen und wahrnehmen, kann also dabei helfen, diesen Raum sinnvoll zu nutzen und gleichzeitig negative Folgen wie Hass im Netz und Desinformation anzugehen.

4.1 Schule

Die Jugendlichen wurden gefragt, ob und wie in ihrer Schule über politische Fragen gesprochen wird. Die Frage ist bewusst unspezifisch und grenzt nicht z. B. auf den Politikunterricht ein, damit alle Erfahrungen der jungen Menschen eingefangen werden. Die Antworten der befragten Jugendlichen betreffen unterschiedliche Aspekte vom regulären Politikunterricht bis zum Diskussionsklima im und über den Klassenraum hinaus.

Schulische Formate zu politischen Themen finden Anklang

Es zeigt sich, dass die Jugendlichen auf unterschiedliche Art und Weise in der Schule mit politischen Themen in Berührung kommen. Wie zu erwarten, wurden insbesondere spezifische Fächer genannt. Hierzu zählen einerseits Unterrichtsfächer zu Politik und Gesellschaft, die je nach Bundesland eine eigene Bezeichnung haben (z. B. Sozialkunde). Daneben wird auch häufig der Geschichtsunterricht genannt.

„Zum Beispiel in Geschichte äh sprechen wir über politische Fragen wie zum Beispiel wie ist Hitler an die Macht gekommen oder so, sowas wär halt ne Frage, ähm, oder in GRW [Gemeinschaftskunde, Recht und Wirtschaft] äh was ist äh linke, rechte, mitte Politik, ähm über so-was wird in der Schule gesprochen auf jeden Fall.“

(Simon, 16, Gymnasium)

Viele Jugendliche heben im Besonderen hervor, wie in diesen Fächern auf aktuelle Themen und Hintergründe, wie z. B. auf die Geschichte des Nahostkonflikts, eingegangen wird, was darauf hindeutet, dass dadurch ein besonderes Interesse bedient wird. Diese Formate bleiben allerdings häufig auf kurze Einheiten begrenzt.

„Wir haben unter anderem aktuelle zehn Minuten, da müssen sich zwei Leute zusammentun und ähm wir müssen irgendein aktuelles Thema, politisches Thema ausarbeiten und zehn Minuten vortragen dementsprechend kriegen wir die komplette Bandbreite dann halt immer jede Woche halt mit man kann sich da auch selber dazu dann informieren und das ist eigentlich sehr, sehr cool.“

(Livia, 16, kooperative Gesamtschule)

„Also ist halt ab und zu mal n Vortrag oder so im Gemeinschaftskundeunterricht oder so. Da haste halt immer so ne Streitfrage am Ende so: Ja, was haltet ihr von dem Thema? Dann gibt halt jeder mal so seinen Senf kurz dazu ab. Aber mehr auch nicht.“

(Ferenc, 16, Oberschule)

Politische Themen werden jedoch nicht nur in den genannten Fächern angesprochen. In vielen Erzählungen sind es auch einzelne engagierte Lehrkräfte, die dem Thema Politik Raum geben. Dies geschieht auf unterschiedliche Weise und wird von den jungen Menschen durchgängig im positiven Sinne erwähnt, wie die folgende Erzählung über eine spontane Diskussionsrunde im Deutschunterricht veranschaulicht: „Da hat uns unsere Lehrerin auch mal ganz spontan von ihren eigenen Erfahrungen in der Politik berichtet und das war auch total interessant zu erfahren, weil die ja die deutsche Teilung auch noch miterlebt hat“ (Mia, 15, Realschulabschluss).

Ein weiteres wichtiges Format, das von vielen jungen Menschen genannt wird, sind spezielle Projekte, wie z. B. Projektwochen zu Umweltschutz, Jugendwahlen oder Klassenfahrten zu Konzentrationslagern.

Dennoch verweisen die Antworten der jungen Menschen auch auf verschiedene Leerstellen. Auffällig ist, dass diese Leerstellen in unserem Sample vor allem bei jungen Menschen auf nicht-gymnasialen Bildungswegen durchscheinen, während die positiv grundierten Erzählungen über Projekte, politische Diskussionen im Unterricht oder Fragestunden mehrheitlich von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten berichtet werden. Die erste Reaktion einiger dieser Befragten auf die Frage, ob politische Themen in der Schule eine Rolle spielen, gestaltet sich ähnlich wie bei Caro (18, Berufskolleg): „recht wenig“. Aus den weiteren Ausführungen lassen sich jedoch noch spezifischere Leerstellen rekonstruieren.

(Zu) neutrale Lehrkräfte

Einige Jugendliche auf nicht-gymnasialen Bildungswegen erzählen, dass sie in der Schule auf deutliche Grenzen stoßen. Es zeigt sich, dass gerade die Themen politische Parteien und teilweise auch politische Meinungen aus Sicht der Befragten zu wenig besprochen werden. So beklagt Caro (18, Berufskolleg), dass in der Schule zwar erklärt wurde „wie Demokratie funktioniert und unterschiedliche Führungsarten, aber nie wirklich, welche Meinung man haben kann“. Caro weist hier darauf hin, dass die schulische politische Bildung häufig auf Fachwissen beschränkt ist, ihr dies aber z. B. für die politische Urteilsbildung nicht ausreicht. Und auch Florian (17, Berufskolleg) fehlt in der Schule eine umfassendere Aufklärung über die verschiedenen Parteien:

„Was ist eigentlich deren Ziel? Also zum Beispiel, die wollen das zurückbringen, die wollen das legal machen, die wollen das illegal machen, das ist nicht gut, so. [...] man weiß halt nichts davon, weil wir reden nicht darüber in der Schule was die Parteien eigentlich machen.“

(Florian, 17, Berufskolleg)

Auch Lisa (18, Berufsausbildung) verneint die Frage, ob in ihrer Schule über politische Fragen gesprochen wird, grundsätzlich. Die Begründung, die sie für die ausbleibende Beschäftigung mit politischen Themen liefert, deutet darauf hin, dass ihre Lehrkräfte das Neutralitätsgebot überinterpretiert haben: „weil die Lehrer sagen, dass die das nicht dürfen oder sowas, weil die nicht uns irgendwas vor- ich weiß nicht. Auf jeden Fall haben die gesagt, dass sie das nicht dürfen und deswegen machen die das nicht“ (Lisa, 18, Berufsausbildung).

Normative Setzungen ohne Erklärung

Demgegenüber stehen Erzählungen über Situationen, in denen Lehrkräfte sich zwar politisch positioniert haben, und zwar in den hier betrachteten Fällen gegen die AfD, ihre Positionierung aber nicht weiter begründet haben. Das folgende Zitat zeigt, dass Jugendliche dies als Überwältigung im Sinne des Aufzwingens einer politischen Meinung wahrnehmen können:

„Aber halt auch nichts Produktives über die AfD, fand ich. Das war wirklich nur, ja, die sind Rassisten, ist scheiße. Und halt nicht, gut, okay, der und der und der ist da drinne, die haben das und das gemacht, das waren kritische Aussagen, das wäre wiederum ein gutes Argument und solche Sachen, sondern dass man da wirklich, nein, ihr müsst diese Meinung haben, die sind böse, ähm, und fertig.“

(Nele, 17, Berufsausbildung)

Im weiteren Verlauf des Interviews zeigt sich, dass Nele nicht nur „dieses breitgefächerte, äh, aufklärungsarbeitsmäßige“ über die AfD, sondern darüber hinaus Informationen über andere Parteien gefehlt haben: „ähm, aber dass irgendwie da nicht wirklich drüber geredet wird, was jetzt äh andere Parteien vielleicht auch nicht gut machen, sondern dass man da wirklich irgendwie nicht drüber informiert wird einfach“ (Nele, 17, Berufsausbildung).

Eingeschränkte Debattenkultur im und über den Klassenraum hinaus

Auch in der Schülerschaft kann es zu einem angespannten Gesprächsklima kommen. Hiervon berichten Justin (17, Hauptschulabschluss) und Nele (17, Berufskolleg). Während in Justins Klasse zwei Schüler, die offen gestanden haben, die AfD zu mögen, „schon ziemlich runtergemacht wurden“, herrscht in Neles Klasse „durch die Politik auch allgemein ein gespanntes Klima, weil wir haben ein paar Linksextreme in der Klasse und auch eine paar Personen, die halt ins rechte Milieu reinschweifen. Aufgrund dessen ist es da allgemein schwierig, offen über Politik reden zu können.“ Nele zufolge hat dieses Klassenklima auch schwerwiegende Folgen: „ansonsten ist Politik halt wirklich nur in Gemeinschaftskundeunterricht angesprochen, weil in allen anderen Fächern oder in den Pausen, man traut sich gar nicht, drüber zu sprechen“.

4.2 Digitale Medien

In den Antworten auf die Frage, wie die Jugendlichen sich über politische Themen informieren, zeigt sich, dass das Internet hier eine große Rolle spielt. Zwar werden hier auch klassische Formate, wie Nachrichten in Fernsehen oder Radio genannt, aber auch diese erreichen die Jugendlichen häufig über Apps oder das Internet: „und mittlerweile ham ja auch hier ARD, ZDF und so, äh, ntv, RTL, die haben ja auch so Nachrichtenkanäle auf entweder Tiktok oder auf Instagram“ (Mario, 16, Gymnasium). Auch wenn spezifische Nachrichtenkanäle in den sozialen Medien oder als App häufig genannt werden, fallen auch viele Antworten deutlich ungenauer aus: Informationen werden demnach bei Google oder YouTube gesucht oder werden den Jugendlichen in den sozialen Medienplattformen vorgeschlagen, genauere Angaben zu den eigentlichen Quellen werden nicht genannt. Deutlich zeigt sich hier eine Präferenz für die videobasierten Formate YouTube und TikTok. Auch die JIM-Studie 2023 zeigt, dass YouTube und TikTok unter den digitalen Medien die größte Rolle dabei spielen, wie Jugendliche vom aktuellen Weltgeschehen erfahren (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2023).

Gerade in den sozialen Medien spielen politische Themen auch häufig eine Rolle, ohne dass die Jugendlichen gezielt danach gesucht haben oder überhaupt daran interessiert sind. Bei manchen Jugendlichen setzt dies einen Impuls, sich mit diesen Themen zu beschäftigen und zumindest einige kurze TikTok-Videos anzuschauen. Eine Besonderheit dieser Plattformen ist, dass die Jugendlichen hier nicht nur Informationen über das eigentliche Thema oder Ereignis erhalten, sondern „dort sieht man halt die Kommentare von jedem Mensch, also jeder kann ja dort was reinschreiben“ (Justin, 17, Hauptschulabschluss). Deutungsangebote und Informationen über vorherrschende Meinungsdivergenzen werden hier also direkt mitgeliefert, wie auch Livias (16, kooperative Gesamtschule) Ausführungen zum Israel-Gaza-Konflikt nahelegen: „auf den sozialen Netzwerken also das kriegt man ja so dermaßen mit, aber so einfach wie diese zwei Fronten so aufeinanderknallen“.

Aufgrund dieser großen Bedeutung, die digitale Medien für die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten haben, liegt es nahe, die Erfahrungen und Wahrnehmungen der jungen Menschen in diesen Räumen zu betrachten. Desinformation und Hass

im Netz bilden dabei die Schwerpunktthemen, da sie ebendiese Auseinandersetzung auf negative Weise beeinflussen können.

4.2.1 Desinformation

Unter Desinformation werden Falschnachrichten verstanden, die gezielt eingesetzt werden, um Menschen zu täuschen. In den Interviews haben wir keine spezifische Frage zu Desinformation gestellt, dennoch wurde das Thema in vielen Interviews direkt oder indirekt angesprochen, als die Befragten davon berichteten, wie sie sich im Internet über politische Themen informieren.

Einige Jugendliche berichten von einem relativ unkritischen Konsum von Informationen aus den digitalen Medien. Sie nennen Plattformen, aus denen sie Informationen beziehen, ohne die Quelle weiter zu hinterfragen. Zum Beispiel findet Justin (16, Hauptschulabschluss): „das ist halt das Leichte heutzutage, man muss auf YouTube nur schreiben Israel und dann kommt schon alles“. Zwar zeigt Justin im weiteren Verlauf des Interviews, dass er sich der Gefahr von Falschinformationen grundsätzlich bewusst ist, er ist jedoch davon überzeugt, dass diese lediglich in „Kurzvideos“ lauert, und zeigt somit ein stark vereinfachtes Verständnis von Desinformation.

Bei einigen Jugendlichen zeigt sich aber nicht nur ein grundsätzliches Bewusstsein über Falschnachrichten, sondern sie wissen auch mit diesem Problem umzugehen. Gerade im Kontext von Nachrichtenbezug in den sozialen Medien verweisen sie direkt darauf, dass nicht alle Quellen „seriös“ oder „vertrauenswürdig“ sind. Als Umgang mit diesem Phänomen beschreiben einige Jugendliche, dass sie Informationen abgleichen, beispielsweise mit Informationen von ARD und ZDF, Wikipedia oder „irgendwelche großen Zeitungen oder ähm Bundeszentrale für politische Bildung oder so halt solche Institutionen, ja, wo man halt weiß, dass irgendwas dahintersteht oder so“ (Simon, 16, Gymnasium). Eine weitere Umgangsstrategie wird von Mia (15, Realschulabschluss) repräsentiert, die auf soziale Medien komplett verzichtet, weil sie „aus, äh, Erfahrungen von Freundinnen weiß, dass sehr viel da wirklich unsinnige und nicht stimmende Fake-Nachrichten verbreitet werden“.

Auch wenn die Befragten sich also durchaus bewusst sind, dass Falschnachrichten ein Problem darstellen, zeigt sich nur fragmentarisches Hintergrundwissen zum Thema Desinformation. Nur Justin und Simon gehen darauf ein, dass Falschnachrichten eine beabsichtigte Desinformation darstellen können, die auf Manipulation und Beeinflussung abzielt, die Ausführungen bleiben jedoch kurz und vage:

„Kurzvideos schaue ich nicht mehr so oft, weil dort meistens Falschinformationen gebracht werden. Weil das halt so kurz ist, wollen die direkt was Starkes rausbringen, das dich direkt manipuliert.“

(Justin, 17, Hauptschulabschluss)

„ich könnt mir vorstellen, dass das Youtube-Video halt n bisschen von dem, äh, Creator halt äh ideologisch beeinflusst sein könnte oder so, dass da bestimmte Sachen auf jeden Fall weggelassen sein könnten werden, äh, oder manche Sachen ausführlicher beschrieben werden als andere.“

(Simon, 16, Gymnasium)

4.2.2 Hass im Netz

Hass im Netz äußert sich auf vielfältige Weise, dazu zählen u. a. verhetzende und einschüchternde Posts, Bilder oder Memes⁷. Er kann sich sowohl gegen Einzelpersonen als auch gegen Gruppen richten und ist dabei häufig diskriminierend. Weil Hass im Netz durch die Einschüchterung die freie Meinungsäußerung beeinflusst (Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz 2024), muss dieses Thema auch im Rahmen von Angeboten der Demokratieförderung und politischen Bildung bearbeitet werden.

Wir haben die Jugendlichen in den Interviews daher nach ihren Erfahrungen mit Hass im Netz gefragt. Die Jugendlichen sind vertraut mit dem Begriff und die meisten haben auch selbst schon Hass im Netz beobachtet. Am häufigsten wird Hass im Netz in den Kommentarspalten zu einem Video, Post oder Ähnlichem wahrgenommen. Er spielt sich zwischen den Angehörigen verschiedener Gruppen ab oder richtet sich auf Einzelpersonen: „ich hatte zwischendurch mal Videos von einer trans Frau auf meiner For You gehabt, äh, was da für Kommentare teilweise kommen ist einfach nur eklig“ (Nele, 17, Berufsausbildung).

Die befragten Jugendlichen kennen Hass im Netz überwiegend nur aus der Beobachterperspektive. Eine Ausnahme stellt Mia (15, Realschulabschluss) dar, die von einem Vorfall mit zwei Mädchen berichtet, die Screenshots von privaten Chatverläufen „an ganz viele Leute weitergeschickt“ haben. Mia berichtet von einer starken emotionalen Betroffenheit, sie ist „in Tränen ausgebrochen, auch mehrmals“ und fühlte sich in der Situation hilflos, denn sie „konnte erstmal nichts dagegen tun“. Darüber hinaus hat der Vorfall bei ihr zu einer Bewusstseins- und Verhaltensänderung im Umgang mit Whatsapp und Datenschutz geführt.

Die Erzählungen geben überdies Auskunft darüber, wie die Jugendlichen Hass im Netz bewerten und inwieweit sie ihn als Problem erachten. Grundsätzlich überwiegend starke negative Bewertungen. So urteilt z. B. Max (17, Berufskolleg): „sowas unterstützte ich gar nicht, sowas finde ich komplett verboten und falsch“.

Über diese generelle Ablehnung hinaus werden verschiedene Aspekte von Hass im Netz angesprochen. Dass Hasskommentare mit „sehr viel Bodyshaming“ (Nele, 17, Berufsausbildung) in Verbindung gebracht und als „irgendwie leicht rassistisch“ (Caro, 18, Berufskolleg) wahrgenommen werden, zeigt ein Bewusstsein darüber, dass häufig Personengruppen mit bestimmten Eigenschaften betroffen

⁷ Memes sind sarkastische oder humorvolle Medieninhalte, oft in Form von Bildern, die im Internet verbreitet werden.

sind. Der Hass wird darüber hinaus kritisiert, weil er in vielen Fällen aus der Anonymität heraus geäußert wird und „neunzig Prozent würden das halt nicht in real life sagen“ (Livia, 16, kooperative Gesamtschule). Darüber hinaus wird Hass im Netz als irreversibel wahrgenommen: „das, äh, wenn das einmal im Netz ist, das bleibt immer im Netz, immer, egal ob YouTube das löscht. Irgendjemand hat es, kann es oder hat es schon runtergeladen. Das bleibt immer im Netz“ (Max, 17, Berufskolleg).

In einigen Antworten der Jugendlichen deuten sich hingegen Relativierungen des Problems an. Auch wenn Justin (17, Hauptschule) sich grundsätzlich gegen Hass im Netz ausspricht und häufig auf rassistische Kommentare stößt, weist er darauf hin, dass es sich dabei um „Späße“ handelt. Und Noa (16, Oberschule) zeigt wenig Verständnis für Betroffene von Cybermobbing: „lösche doch, oder schalt einfach dein Handy aus, ich versteh nicht wieso du versuchst, dann mit wildfremden Leuten, die du nie gesehen hast, nie sehen wirst, dann, die dann irgendwas sagen und dass du deswegen dich angegriffen fühlst“. Lisa (18, Ausbildung) weist darauf hin, dass Hass im Netz auch „gerechtfertigter Hate“ sein kann und auch Noa (16, Oberschule) betrachtet ihn teilweise als „produktive Kritik“.

Nur wenige Jugendliche berichten, aktiv auf Hasskommentare zu reagieren. Zu den genannten Reaktionsmöglichkeiten zählt einerseits das Melden eines Kommentars auf der jeweiligen Plattform. Allerdings zeigen sich die Jugendlichen, die dies regelmäßig tun, teilweise enttäuscht darüber, dass die Kommentare meistens trotzdem noch zu sehen sind: „Und deshalb habe ich es halt gemeldet, damit es weggegangen ist, aber das geht halt nicht weg“ (Justin, 17, Hauptschulabschluss). Eine weitere Reaktionsmöglichkeit ist das Verfassen eines Gegenkommentars: „ich krieg auch manchmal irgendwelche rechten Tiktoks auf meiner For you [...] dann kommentier ich dann auch drunter, dass er absolut für mich, dass er einfach kein Recht hat und dass er aufhören soll sowas zu schreiben“ (Jasper, 15, Realschule).

4.3 Zwischenfazit

Auch wenn Jugendliche keine professionelle Sicht darauf haben, welchen politischen Auftrag Schulen haben oder welche Gefahren im Internet für die Demokratie und den demokratischen Diskurs lauern, sind ihre Antworten für Bedarfe der Demokratieförderung und politischen Bildung aufschlussreich. Mit Blick auf Schule kristallisiert sich ein starkes Interesse an aktuellen politischen Themen heraus. Auch wenn einige Jugendliche hier von meist sehr kurzen Formaten oder Diskussionsrunden berichten, bleibt insgesamt fraglich, ob diesen Themen in der Schule ausreichend Raum gegeben wird. In den Interviews wird darüber hinaus eine Leerstelle sichtbar: Insbesondere bei Jugendlichen, die eine (formal) niedrige Schulform besuchen, wird ein starkes Interesse an ausgewogenen und konkreten Informationen über Parteipolitik und politische Meinungen in der Schule nicht befriedigt. Dass es schulformspezifische Ungleichheiten der politischen Bildung gibt, wurde indes auch im Rahmen quantitativer Studien gezeigt (Henschelmann/Meijer/Sauerermann 2024; Achour/Wagner 2019).

Und auch hinsichtlich digitaler Medien zeigt sich ein Lernbedarf: Es gibt zwar ein grundlegendes Bewusstsein über Desinformationen, aber die Umgangsstrategien und das Wissen darüber sind begrenzt. Insgesamt bleibt dadurch unklar, ob das ungefähre Wissen darüber, dass es Falschnachrichten gibt, produktiv genutzt wird oder eher zu Verwirrungen führt. Und auch Hass im Netz gehört für die Befragten zwar zum Alltag, wird aber teilweise als Problem relativiert und Reaktionsstrategien bilden eher die Ausnahme. Die standardisierte Online-Befragung hat gezeigt, dass die Schule diesbezüglich nur bedingt einen Lernraum darstellt: Nur ein kleiner Anteil junger Menschen gibt an, in der Schule ausreichend gelernt zu haben, wie man auf Hass im Netz reagieren kann (18,7%) und wie man Falschnachrichten im Internet erkennt (20,9%) (Henschelmann/Meijer/Sauermann 2024, S. 25).

5 Bedürfnisse zu Lernthemen und zur Angebotsgestaltung: „ich wäre dann tatsächlich für Mitmachveranstaltungen“

In Anlehnung an Studien, die Bedarfserhebungen mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt haben (Herfurth/Steinhauer/Stolz 2023; Andresen u. a. 2019), ist es ein zentrales Anliegen dieser qualitativen Interviewstudie, Bedarfe nicht nur aus u. a. Problem- oder Situationsbeschreibungen abzuleiten, sondern auch Raum für eine explizite Artikulation von Bedürfnissen im Bereich der Demokratieförderung und politischer Bildung zu schaffen. In den Interviews wurde deswegen danach gefragt, zu welchen politischen Themen junge Menschen gerne mehr lernen wollen. Darüber hinaus wurde nach Bedürfnissen bei der Maßnahmengestaltung von Angeboten zu politischen Themen gefragt. Bereits in der Erhebungsphase wurde deutlich, dass manche Jugendliche sehr klare Vorstellungen davon haben, was sie sich wünschen oder was sie brauchen. Anderen Jugendlichen fiel es jedoch schwer, eigene Bedürfnisse zu identifizieren oder zu artikulieren. Das kann u. a. mit der Komplexität des Themenfeldes, mit dem Interviewsetting oder mit dem Nichtvorhandensein eines Bedürfnisses zusammenhängen (siehe auch Kapitel 7). Manche dieser jungen Menschen äußerten dennoch an anderen Stellen im Interview Bedürfnisse in Bezug auf Demokratieförderung. Die Ergebnisse der Analyse dieser verschiedenen Bedürfnisartikulationen werden im Folgenden vorgestellt.

5.1 Lerninteressen

Welche Themen die befragten jungen Menschen beschäftigen und welche Rolle das in ihrem eigenen Leben spielt, wurde bereits in Abschnitt 3.1 dargelegt. Darüber hinaus wurde im Interview auch explizit danach gefragt, ob es politische Themen gibt, zu denen sie gerne mehr lernen würden. Einzelne Befragte geben an, dass sie keine spezifischen Vorstellungen davon haben, zu welchen Themen sie mehr lernen wollen, z. B. weil es viele politische Themen gibt, über die sie noch nicht so viel wissen. Für die meisten jungen Menschen gibt es aber ein oder sogar mehrere Themen, die für sie von besonderem Interesse sind. Ein Themenspektrum, was mehrfach genannt wurde, sind politische oder wirtschaftliche Systeme. Interessenthemen sind dort z. B., welche Arten von Wirtschaftssystemen es gibt oder wie Demokratien in verschiedenen Ländern oder Kontexten funktionieren. Kriege oder internationale Konflikte sind ein zweites Themenspektrum, das einige junge Menschen nennen, auch wenn im Vergleich zu der Beschäftigung mit dem Thema (siehe Abschnitt 3.1) weniger Jugendliche hierzu ein explizites Lernbedürfnis äußern. Menschenrechte bzw. Asylpolitik und klimabezogene Themen nennen jeweils zwei junge Menschen als Interessenthema.

Das Thema, das in den Interviews mit Abstand am meisten thematisiert wird, sind die politischen Parteien und die unterschiedlichen politischen Positionierungen.

Dies deckt sich mit dem Befund, dass die Jugendlichen sich durch die Schule nicht ausreichend zu politischen Parteien und Positionierungen informiert fühlen (siehe Abschnitt 4.1). Es ist davon auszugehen, dass dies einerseits mit dem in Abschnitt 3.1 beschriebenen, engeren Politikverständnis zusammenhängt. Auffällig ist jedoch, dass unterschiedliche junge Menschen ein Bedürfnis äußern, besser zu verstehen, welche Parteien es gibt und wofür diese Parteien stehen. Vor allem von Interesse sind für die Befragten konkrete Inhalte der Parteien und „deren Ziele [...] und Themen“, wie Noa (16, Oberschule) es zusammenfasst. Dieses Lernbedürfnis hängt damit zusammen, dass vor allem junge Menschen, insbesondere solche mit (formal) niedrigem Bildungsniveau, in den Interviews eine Verunsicherung bezüglich der politischen Positionierung und politischen Parteien äußern, wie die folgenden zwei Zitate zeigen:

„Ich meine, man sieht so Wahlplakate oder so, aber meistens weiß man nicht genau, die ganzen Wahlprogramme und wofür die stehen.“

(Caro, 18, Berufskolleg)

„Aber, ja, generell, weiß ich nicht genau, was halt das Problem der AfD ist, das will ich mir noch durchlesen, da kenne ich mich noch nicht aus.“

(Justin, 17, Hauptschulabschluss)

In beiden Zitaten wird klar, dass sowohl für Caro als auch Justin die verschiedenen Parteien relativ abstrakt und die konkreten Positionen der Parteien unbekannt bleiben. So bekommt Justin zwar mit, dass Menschen Kritik an der AfD äußern, aber was genau das Problem ist, ist für ihn wenig greifbar („Hm was ich weiß über die AfD ist eigentlich nur das mit den Ausländern, mehr nicht“ (Justin, 17, Hauptschule)). Gleichzeitig zeigt er ein großes Interesse an den verschiedenen Parteien und betont mehrfach im Interview, dass er gerne mehr darüber lernen würde. Sowohl bei ihm als auch in weiteren Interviews wird die Frage der Parteipräferenz eng mit der Frage der politischen Positionierung verknüpft. Mehr über Parteipolitik zu lernen ist also mit einem besseren Verständnis verschiedener politischer Meinungen und mit der Entwicklung einer eigenen Position verbunden. So ist für Florian (17, Berufskolleg) sehr klar, wozu mehr gesprochen werden sollte:

„[...] das macht die Partei, das macht die Partei zum Beispiel jetzt, wenn es um Politik geht, (.) die vertreten die Meinung, die vertreten die Meinung. So und dann kann man sich halt besser ein eigenes Bild bilden.“

(Florian, 17, Berufskolleg)

Zusätzlich zu politischen Themen wurden die Jugendlichen auch gefragt, welche Lernbedürfnisse sie zum Thema Hass im Netz haben. Obwohl viele junge Menschen mit Hass im Netz konfrontiert sind und nur wenige Umgangsstrategien benennen, äußern mehrere Jugendliche dazu schon ausreichend gelernt zu haben. Wenn Lernbedürfnisse genannt werden, handelt es sich um das (rechtzeitige) Erkennen von Hass im Netz und um Umgangsstrategien, sowohl aktive Gegenrede („also wie man sofort reagieren kann ohne großen Aufwand das würd-ich gern noch lernen“ (Mia, 15, Realschulabschluss)) als auch zum persönlichen Umgang damit, wie z. B. Nele (17, Berufsausbildung) beschreibt: „wie man sich da distanziert von, dass man sich das nicht so zu Herzen nimmt.“

Abschließend lässt sich festhalten, dass junge Menschen ein breites Spektrum an Themen interessiert. Besonders auffällig ist jedoch das Thema Parteipolitik, was einerseits eine Verunsicherung und gleichzeitig ein damit zusammenhängendes Interesse bei jungen Menschen auslöst. Dies schließt an das in Kapitel 4 diskutierte Fehlen eines Raums für kontroverse Diskussionen und dem Umgang mit undemokratischen Parteien und Positionen an.

5.2 Bedürfnisse zur Angebotsgestaltung

Über Lerninteressen hinaus wurden die jungen Menschen auch danach gefragt, wie ein Angebot zu einem politischen Thema aussehen könnte, damit es für sie interessant wäre. Für manche junge Menschen war es schwer, sich solch ein Angebot vorzustellen, z. B. weil sie, unabhängig von der Gestaltung des Angebots, lieber ihren Hobbys nachgehen. Dennoch äußerten viele junge Menschen, manchmal auch bei der Beantwortung anderer Fragen, Ideen dazu, was aus ihrer Sicht gute Angebote zu politischen Themen ausmachen würden. Dabei kristallisierten sich vier zentrale Themen heraus: erfahrungsnahes Lernen, Raum für Beteiligung, Digitalisierung und Zugänge über die Schule.

Lernen von Erfahrungen, selber Erfahrungen machen

Das Lernen an oder aus Erfahrungen macht einen zentralen Bestandteil der politischen Bildung aus. Es handelt sich hier um „die (inter)aktive Auseinandersetzung der Einzelnen mit den authentischen politischen und sozialen Problemen und Prozessen, die sie umgeben und betreffen“ (Koopmann 2002, S. 1). Eine Politikvermittlung, die nah und greifbar ist, diesen Wunsch äußern die junge Befragten an verschiedenen Interviewstellen. Dabei geht es einerseits darum, politische Bildungsangebote mehr mit alltäglichen, lebensweltlichen Erfahrungen zu verknüpfen. So wünscht sich Nele (17, Berufsausbildung), dass in Angeboten zu politischen Themen auch Fragen verhandelt werden, die für ihren (späteren) Alltag relevant sind, wie z. B. eine Beispielsteuererklärung ausfüllen. Auf dieser Art und Weise wäre es aus ihrer Sicht einfacher zu verstehen, welche Relevanz Bildungsangebote zu politischen Themen eigentlich haben. Auch Mia (15, Realschulabschluss) wünscht sich, Politik anhand von konkreten Erfahrungen zu erleben. Sie macht das am Beispiel einer Jugendwahl fest: „[dass es] mehr so Jugendwahlen gibt, dass man so testen kann wie fühlt des sich an, wie ist das wählen zu gehen.“ Da für sie Wählen mit einer politischen Mitbestimmung und Demokratie verknüpft ist, stellt eine Jugendwahl eine gute Möglichkeit dar, die Demokratie auch spürbar zu machen.

Manche Jugendliche äußern auch den Wunsch, Politik vor Ort erleben zu können, vor allem in politischen Institutionen oder an geschichtlich relevanten Orten. Sofie (15, Gymnasium), die sonst keine konkreten Vorstellungen zur Gestaltung von Formaten hat, beschreibt, dass sie schon mal mit ihrer Klasse im Parlament war und sich das auch für die Zukunft wünscht: „also unser Lehrer sollte auch mal mit uns ähm in sone Verhandlung äh mitkommen ja, das ist glaub-ich das was ich mir spannend vorstellen könnte.“ An Justins (17, Hauptschulabschluss) Hauptschule wurde generell wenig über Politik geredet und an seiner jetzigen Berufsschule ist es gar

kein Thema. Er beschreibt, dass er bisher keine Erfahrungen mit politischen Bildungsangeboten vor Ort gemacht hat, aber davon mitbekommen hat und es sich auch gewünscht hätte:

„Was ich jetzt zurzeit sehe, hm viele Schulen machen Ausflüge zu so Sachen hin, das finde ich halt schade, dass ich das nie machen konnte. [...] Ich hätte das gern gemacht, so Ausflüge zu so Sachen und dort mehr über Politik und andere Sachen zu lernen.“

(Justin, 17, Hauptschulabschluss)

Auch für Stephan (20, Hauptschulabschluss) sind Formate vor Ort, z. B. im Parlament, ansprechend. Er betont jedoch, dass es nicht beim „Dabeisein“ aufhören sollte, sondern dass solche Formate auch eine Möglichkeit zum Austausch schaffen sollten:

„Und was ich cool fände, ähm wäre es, wenn es deutlich mehr Möglichkeiten gäbe, dann dabei auch so mit da zu sitzen und tatsächlich auch selbst mitzureden, ja. So nicht unten einer von den Politikern sein und oben darfst du zwar zugucken, aber musst schweigen, sondern ich wäre dann tatsächlich für Mitmachveranstaltungen, wo man auch, ja, offen fragen kann, in die Runde werfen kann.“

(Stephan, 20, Hauptschulabschluss)

In seinem Zitat fällt auf, dass er die physische Distanz zwischen den Politiker:innen und den Zuschauer:innen im Parlament hervorhebt, die damit auch sinnbildlich für die Unzugänglichkeit der Politik steht. Mitmachveranstaltungen, wie Stephan das nennt, wären damit eine Möglichkeit, diese Distanz aufzubrechen.

Lernen über politische Fragestellungen kann auch Anhand von Erfahrungen anderer erfolgen, die einen persönlichen Zugang zu Themen schaffen können. Vor allem in Bezug auf Hass im Netz äußern mehrere junge Menschen in den Interviews den Wunsch, dazu von betroffenen Personen zu lernen, damit man sich da „aktiv was bei vorstellen kann“ wie es Mia (15, Realschulabschluss) beschreibt. Linus (15, Gymnasium) nimmt als Beispiel einen Workshop zum Thema Trans* Sein, in dem betroffene Personen zu ihnen in die Klasse gekommen sind. Deren Erzählungen „wie das so ist“ hätten einen „emotionalen“ Zugang geschaffen, um besser zu verstehen, welche Auswirkungen Hass haben kann. Er setzt das in Kontrast mit einer belehrenden Herangehensweise, die nur über die Strafen für solches Verhalten aufklären. Dass Personen, die selber betroffen sind, einen anderen Bezug zu Themen schaffen und das als positiv bewertet wird, zeigt auch das unten wiedergegebene Zitat von Nele (17, Berufsausbildung). Sie beschäftigt u. a. das Thema Suchterkrankungen. In diesem Rahmen schlägt sie ein Diskussionsforum vor, in dem verschiedene Meinungen zum Thema diskutiert werden können.

Dabei können, aus ihrer Sicht, auch Erfahrungsexpertinnen und Erfahrungsexperten⁸ eine Rolle spielen:

„dass man bei solchen Foren dann Leute äh mit reinbringt, die damit Erfahrungen haben, also die selbst suchterkrankt sind und sowas. Weil, solchen Personen glaubt man das ja auch wirklich eher, als wenn da jetzt einer äh erzählt, ja, nein, guck mal, ich weiß, das ist so und so.“

(Nele, 17, Berufsausbildung)

Fasst man diese Beispiele zusammen, zeigt sich, dass sich die jungen Befragten (verstärkt) Formate wünschen, in denen Politik erlebbar gemacht wird – sei es anhand von persönlichen Erzählungen oder weil sie (institutionelle) Politik „in action“ erleben können und sich mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern austauschen können.

Raum für Diskussionen und Beteiligung

Diskutieren und sich aktiv beteiligen können: das sind nicht nur wichtige Bausteine der Demokratieförderung, sondern auch ein zweites zentrales Thema in unseren Interviews. Die jungen Befragten äußern an verschiedenen Stellen ein Bedürfnis nach Räumen zum Fragen stellen und zum Diskutieren. Denn, wie z. B. Florian (17, Berufskolleg) und Caro (18, Berufskolleg) betonen, wenn es Raum für verschiedene Meinungen zu einem politischen Thema gibt, kann man auch besser verstehen, welche Pro- und Kontra-Argumente und welche verschiedenen Lösungsansätze es gibt. Darüber hinaus beschreiben die Jugendlichen, wie Diskussionsräume und Raum für Meinungsaustausch ihre Motivation und aktive Teilnahme an Bildungsangeboten erhöht.

Manche Befragten verknüpfen diesen Wunsch nach mehr Beteiligung im Rahmen der politischen Bildung mit dem fehlenden Raum für Diskussionen im Schulunterricht (siehe auch Abschnitt 4.1). So sagt Linus (15, Gymnasium): „ich glaub das ist halt einfach ganz smart, wenn man mal anfangen würde so n bisschen in das mehr mit einzubeziehen, dass man [...] als Schüler das Gefühl hat, man kann auch was dazu sagen und ja und kann auch wirklich was aktiv lernen was einen vielleicht auch interessiert“. Linus Kommentar verdeutlicht hier noch einmal, dass sein Wunsch nach mehr Raum für Beteiligung eigentlich nicht außerordentlich ist, es aber oft bei der Umsetzung scheitert. Dabei hat auch Linus die Erfahrung gemacht, dass ein offenes Klassenklima und das aktive Einbinden der Schüler:innen dazu führen kann, dass junge Menschen sich aktiver am Unterricht beteiligen.

8 Als Erfahrungsexpertinnen und Erfahrungsexperten werden hier Personen verstanden, die Erfahrungen mit demokratiegefährdenden Phänomenen, wie z. B. Cybermobbing, gemacht haben, über die sie z. B. in Bildungsveranstaltungen berichten. Aufgrund dieser Erfahrungen verfügen diese Personen über Expertise zu den Themen.

Digitale Formate: „eine Modernisierung wäre wichtig“

Digitale Medien spielen für viele junge Menschen eine wichtige Rolle in ihrem Leben (siehe Abschnitt 4.2). Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass junge Menschen sich auch mehr digitalisierte Angebote oder digitale Formate bzw. Methoden wünschen. Oder, wie es Florian (17, Berufskolleg) beschreibt: „eine Modernisierung wäre wichtig“. Vor allem Videos werden von vielen jungen Menschen als Möglichkeit genannt, politische Bildungsangebote zugänglicher oder interessanter zu gestalten. Dieser Wunsch schließt am generellen Medienverhalten junger Menschen an, in dem (Kurz-)Videos auf sozialen Medien oder auf Videoplattformen oft eine zentrale Quelle für politische Inhalte sind. So beschreibt Max (17, Berufskolleg), dass in seiner Wahrnehmung junge Menschen „sich nicht mehr so richtig Sachen durch[lesen], sondern [...] nur noch Videos [gucken]“. Weil er selbst nicht so schnell ist beim Lesen, bevorzugt auch er selbst Videoformate, um über politische Inhalte zu lernen. Für Lisa (18, Ausbildung) sollten die Videos am liebsten direkt auf TikTok, ihrer Hauptinformationsquelle, geteilt werden. Darüber hinaus werden auch einzeln im Material z. B. die Nutzung von Voting Advice Applications wie der Wahl-O-Mat oder weitere digitale Fragebogenformate genannt, die politische Bildungsangebote interessanter machen könnten.

Schule als zentraler Lernort

Wie bereits oben beschrieben, fehlt es jungen Menschen im Raum Schule öfters an Austausch- und Diskussionsmöglichkeiten. Trotzdem benennen viele junge Menschen die Schule weiterhin als den Ort, an dem Bildungsangebote zu politischen Themen stattfinden sollten. Dabei ist zu beachten, dass nur wenige Personen im Sample Erfahrungen mit außerschulischen Bildungsangeboten gemacht haben und sich möglicherweise darunter auch weniger vorstellen können. Dennoch fällt auf, dass in mehreren Interviews die Wichtigkeit des schulischen Raums explizit benannt wird. So wird betont, dass die Hürde, an Angeboten außerhalb der Schule teilzunehmen, nochmal größer ist und somit die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass sie daran teilnehmen werden. Für Linus (15, Gymnasium) ist das auch ein Grund, sich mehr politische Bildung im Schulsystem zu wünschen:

„wemma wirklich sich auch auskennen möchte, zumindest in der Politik, muss man sich schon sehr stark auch außerhalb der Schule damit beschäftigen und-ich glaub es wär gut wenn man dasn bisschen ändern würde, dass man auchn bisschen mehr politische Bildung im Schulsystem mitbekommt.“

(Linus, 15, Gymnasium)

Linus beschreibt hier, dass der Raum Schule aus seiner Sicht bisher nicht unbedingt eine Grundlage für politisches Wissen schafft. „Sich auskennen in der Politik“ ist dadurch eine Frage des außerschulischen Engagements, was im Umkehrschluss auch die Verantwortung für das politische Wissen auf die jungen Menschen selbst überträgt. Mehr politische Bildung innerhalb der Schule würde den Zugang dazu erleichtern. In ihren Erzählungen wird so der obligatorische Charakter von Schulen ein Vorteil. So beschreibt Justin (17, Hauptschulabschluss), dass man politische Themen seiner Meinung nach in der Schule ansprechen sollte, denn z. B. in den

digitalen Medien kann man Inhalte nach Belieben „wegwischen“; in der Schule kann man den Themen nicht so einfach entweichen. Solche und weitere Äußerungen unterstreichen dabei vor allem ein Bedürfnis junger Menschen nach mehr Angeboten in ihrem direkten Lernumfeld, um so den Zugang zu politischen Inhalten und zu einem Raum, in dem Fragen gestellt und diskutiert werden können, zu ermöglichen.

5.3 Zwischenfazit

In Bezug auf die Bedürfnisse zeigt sich, dass junge Menschen an einem breiten Spektrum an Themen interessiert sind, der Themenkomplex um Parteien und verschiedene politische Meinungen jedoch heraussticht. Dies hängt u. a. mit einer Verunsicherung über die konkreten politischen Positionen verschiedener politischer Akteure zusammen, die bei jungen Menschen mit (formal) niedriger Bildung größer zu sein scheint. Darüber hinaus wird das bereits in Abschnitt 4.1 diskutierte Fehlen von Räumen für kontroverse Diskussionen deutlich. Es zeigt sich ein Bedarf nach mehr Räumen, in denen über die konkreten Parteiinhalte gesprochen und Fragen gestellt werden können. Die Ergebnisse der qualitativen Befragung ergänzen somit die Befunde zu Lernbedürfnissen, die in der standardisierten Online-Erhebung abgefragt wurden, um den Themenkomplex Parteien und politischen Positionierungen und zeigen, welche Rolle dieser bei der eigenen Meinungsbildung spielen kann (Henschelmann/Meijer/Sauermann 2024).

Zu den Bedürfnissen hinsichtlich der Angebotsgestaltung kristallisieren sich vier Hauptthemen heraus:

- Erstens ist es jungen Menschen wichtig, dass politische Themen niedrigschwellig und lebensnah vermittelt werden und sie von Erfahrungen lernen können bzw. auch Demokratie selber erfahren können.
- Darüber hinaus wurde immer wieder das Bedürfnis nach interaktiven Formaten geäußert, in denen junge Menschen selbst mitreden können.
- Jugendliche wünschen sich auch mehr Digitalisierung bei der Angebotsgestaltung und Methodenvielfalt.
- Zuletzt zeigt sich ein Bedürfnis junger Menschen nach mehr Angeboten in ihrem direkten Lernumfeld Schule.

Zusammengenommen zeigt sich, dass junge Menschen in ihrer Vorstellung von Angeboten Aspekte befürworten, die auch in der Fachliteratur zur politischen Bildung immer wieder thematisiert werden – lebensweltliche Zugänge, schülerorientierte Methoden, Partizipationsmöglichkeiten, Aktualität (Sander u. a. 2016). Es gibt also durchaus gute Anknüpfungspunkte für die politische Bildung und Demokratieförderung, die auf ein Verbesserungspotential bei der (fach-)didaktischen Ausrichtung von Angeboten der (schulischen) politischen Bildung verweisen.

6 Bedarfe junger Menschen: „Na es fehlt irgendwie der Bezug von der Politik zur Jugend finde ich“

Im letzten Teil des Berichts sind die von jungen Menschen identifizierten Bedarfe zentral. In den Interviews wurden die Jugendlichen gefragt, was junge Menschen aus ihrer Sicht brauchen, um sich für Politik zu interessieren oder politisch aktiv zu werden. Dabei ging es in erster Linie darum, junge Menschen als „Expertinnen und Experten für Kindheit und Jugend im Hier und jetzt [anzusprechen]“ (Andresen u. a. 2019, S. 13) und Sie nach ihren Einschätzungen zu den Bedarfen in Bezug auf Jugend und politisches Interesse bzw. politische Partizipation zu befragen und diese ernst zu nehmen. Darüber hinaus schaffen die Antworten dazu, was junge Menschen aus ihrer Sicht brauchen, Einblicke in die Sichtweise junger Menschen auf ihre Gleichaltrigen als politische Subjekte. Im Folgenden wird analysiert, welche Bedarfe junge Menschen bei ihren Gleichaltrigen und im direkten Umfeld verorten sowie welche Bedarfe sie in Bezug auf die Politik und die politischen Akteur:innen erkennen.

6.1 Bedarfe bei Jugendlichen und im direkten Umfeld

In ihrem Werk zu politischer Partizipation schreiben Sidney Verba u. a. (1995): „People may be [politically] inactive because they lack *resources*, because they lack psychological *engagement* with politics, or because they are outside of the *recruitment* networks that bring people into politics.“ (S. 269). In den Erzählungen der Befragten zu den Bedarfen junger Menschen zeigt sich, dass auch Jugendliche „Motivation“ (im Englischen „psychological engagement“) und „soziale Netzwerke“, über die man mit anderen politisch Aktiven in Kontakt kommt (im Englischen „recruiting network“), als wichtige individuelle Faktoren für die politische Partizipation junger Menschen identifizieren. Im Folgenden wird ihr kritischer Blick auf die Bereitschaft Jugendlicher, sich mit der Politik zu beschäftigen, dargelegt. Zudem wird thematisiert, warum es aus ihrer Sicht einen Bedarf an Netzwerken gibt. Das dritte Element im Civic Voluntarism Modell, nämlich Ressourcen für die politische Partizipation, findet sich nur sehr vereinzelt in den Narrativen junger Menschen. Dahingegen wird aber kritisch über das politische System und die politischen Akteur:innen gesprochen. Dies wird in Abschnitt 6.2 tiefer betrachtet.

Ein kritischer Blick auf die Jugend

Gefragt danach, was junge Menschen brauchen, um sich für Politik zu interessieren oder sich politisch zu engagieren, fällt auf, dass viele der Antworten sich auf das Verhalten oder die Einstellungen junger Menschen beziehen. Vor allem Befragte mittlerer oder höherer (formaler) Bildung sind durchaus kritisch gegenüber ihren Gleichaltrigen. Sie verorten einen Bedarf auch bei jungen Menschen selbst: Um politisch aktiv zu werden, sollten junge Menschen sich ändern. Stichworte wie Mut oder Wissen fallen an mehreren Stellen, vor allem wichtig scheint allerdings, dass

junge Menschen ausreichend „aufgeklärt“ sind oder ausreichend Wissen zu politischen Themen haben. Eine Motivation, sich Wissen anzueignen, scheint dabei für junge Menschen ein wichtiger Baustein für ihr politisches Interesse oder ihre politische Beteiligung zu sein. Deutlich wird, dass manche der Befragten das Wissen ihrer Peers eher niedrig einschätzen und das aus ihrer Sicht dazu führt, dass sie sich nicht politisch beteiligen. Florian (17, Berufskolleg) beschreibt z. B., dass die meisten jungen Menschen nicht wissen, dass ihre Stimme zählt und sie deswegen auch ihre Meinung nicht vertreten und sich nicht aktiv dafür einsetzen was sie „in der Zukunft von Deutschland sehen wollen“. Die Befragten knüpfen dabei teilweise an das Bild einer politikverdrossenen, uninformierten oder desinteressierten Jugend an. So äußert sich Finn (14, Gymnasium) auf eine sehr kritische Weise über seine Gleichaltrigen:

„Was brauchen junge Menschen, um politisch aktiv... Ach so. Ähm äh Verstand. Halt naja, die müssen halt eigentlich die Lage checken. Und aber, die sind halt zu faul dafür auch zum Teil, ne? Ehrlich gesagt hab ich da keine Ahnung.“

(Fynn, 14, Gymnasium)

Fynn betont zwei für ihn zentrale Aspekte, die aus seiner Sicht zu einer politischen Beteiligung junger Menschen führen könnten: Verstand und Tatkraft. Dabei ist Verstand für ihn damit verknüpft, die politische Lage richtig einzuschätzen: wenn junge Menschen verstehen würden, was gerade politisch passiert, würden sie sich wahrscheinlich auch aktiver beteiligen. Aus seiner Sicht kommt diese Beschäftigung mit politischen Themen aus Faulheit nicht zu Stande, womit er ein Bild von einer desinteressierten und wenig motivierten Jugend schafft.

Nicht nur Wissen oder Tatkraft, auch eigene Betroffenheit spielt aus Sicht junger Menschen eine Rolle. Wenn Themen einen selber betreffen oder einen Einfluss auf das eigene Leben haben, kann das aus ihrer Sicht junge Menschen dazu motivieren, sich auch damit auseinanderzusetzen. Allerdings fällt auch hier auf, dass diese eigene Betroffenheit an manchen Stellen mit einem Eigennutzen oder sogar Egoismus verknüpft wird:

„Ich habe gesehen, dass viele Jugendliche sich interessiert haben, als das mit AfD war. Leute, ich glaube, was Leute macht, dass sie sich an Politik ja so mäßig interessieren ist, wenn es die selbst beeinträchtigt oder so. Weil ich habe bei TikTok auf einmal so viele Jugendliche, die jetzt dazu Videos gemacht, gesehen, weil es die selbst beeinträchtigt so, weil die selbst Angst haben, selbst abgeschoben zu werden oder deren Eltern oder Familienteile oder Freunde. Ja. Und ich habe mich auch viel mit dem Thema auseinandergesetzt, weil ja ich selbst vielleicht dann auch betroffen bin. [...] Ich glaube, meistens ist es meisten Menschen sind halt, ähm wie heißt das, ähm wie heißt das eine, egoistisch. Man denkt nur an- darüber, sich zu informieren, wenn es jemanden selbst schlechtgeht so. Ich weiß nicht, ob man das ändern kann.“

(Lisa, 18, Ausbildung)

Im ersten Teil ihrer Aussage zeigt Lisa, wie junge Menschen aufgrund der eigenen Betroffenheit gesellschaftlicher Entwicklungen sich mehr mit bestimmten Themen auseinandersetzen (müssen). Für sie scheint das, so zeigt der zweite Teil des Zitats, dann jedoch vor allem ein Ausdruck einer egoistischen Jugend, die sich nur um eigene Probleme kümmern würde. Dabei fällt zudem auf, dass sie im letzten Satz in Frage stellt, ob man diese egoistische Position junger Menschen überhaupt ändern kann. Sie schafft damit ein eher pessimistisches Bild junger Menschen, indem „Egoismus als dominierenden Modus des gegenwärtigen sozialen Handelns“ (Kruse 2021, S. 307) benannt wird – ein Muster, was auch schon in der Studie von (Kruse 2021) zu Jugend und Politik identifiziert wurde.

Wo Lisa skeptisch ist, dass sich die Grundhaltung junger Menschen ändern lässt, sehen andere Befragte doch noch Möglichkeiten, Jugend für Politik zu begeistern. In einigen Fällen wird auch verknüpft mit dem Bild einer teilweise etwas „unwissenden“ Jugend von vielen jungen Menschen auch hier noch einmal der Raum für politische Themen in der Schule oder generell Bildungsangebote genannt. Solche Angebote können aus ihrer Sicht dafür sorgen, dass junge Menschen sich mehr mit den Themen befassen und ihr Interesse geweckt oder ihr Wissen gestärkt wird. Da im Abschnitt 5.2 schon beschrieben wurde, wie diese Bildungsangebote aus Sicht junger Menschen aussehen könnten, wird das an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt.

„es bringt nichts alleine irgendwie für irgendwas zu kämpfen“

Nicht immer reicht Motivation aus. In unserem Material zeigt sich, dass persönliche Kontakte ein wichtiger Bedarf für das politische Interesse und politische Partizipation darstellen. Dabei geht es in erster Linie um einen niedrigschwelligen Kontakt zu politischen Themen, z. B. weil Freunde darüber reden. So antwortet Nadine (16, Überbrückungsjahr) auf die Frage, was junge Menschen brauchen, um sich für Politik zu interessieren, dass junge Menschen z. B. nach einem Gespräch mit Freunden „umgestimmt“ werden können, sich „etwas“ für Politik zu interessieren. Für Ference (16, Oberschule) kommt es auch auf das Umfeld an: Freunde können zu politischen Themen eine Einordnung geben oder sogar „Ansporn sein“. Umgekehrt sei es nicht sehr motivierend, etwas zu machen, wenn politische Themen im direkten Umfeld keine Rolle spielen.

Wo es bei Nadine und Ference in erster Linie um einen niedrigschwelligen Ansporn geht, sich mit politischen Themen zu beschäftigen, betonen Nele und Livia den Bedarf nach einer „Gemeinschaft“ oder „Verbündete[n]“, mit denen man sich zusammen engagiert. Explizit „mitgenommen werden“ wird von Sofie und Ference als Bedarf für die Partizipation genannt, wie folgende Zitate zeigen:

„Wahrscheinlich halt einfach, wenn irgendwie sagen würde: Ey, hier, mach das und das oder komm mit da und dahin oder so.“

(Ference, 16, Oberschule)

„ich weiß es nicht vielleicht man kann ja an sich auch mal mit einfach der ganzen Klasse auch zu ner Demo gehen oder so, da würde man ja sich auch politisch engagieren irgendwie, aber ich glaub uns fällt das schwer, wenn wir keine Ahnung davon haben, uns da selber zu raffen und irgendwie uns da zu engagieren.“

(Sofie, 15, Gymnasium)

Ob es lediglich um einen ersten Kontakt zu politischen Themen geht oder schon um aktive Partizipation, die oben genannten Beispiele zeigen, dass junge Menschen den Bedarf nach persönlichen Kontakten identifizieren. Denn diese können dabei helfen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Sich alleine für etwas einzusetzen, ist für junge Menschen weniger attraktiv.

6.2 Bedarfe aufseiten politischer Akteur:innen

Nicht immer werden die Bedarfe (vor allem) bei jungen Menschen selbst verortet: Zwei weitere Themen im Material sind die Wirksamkeit politischer Beteiligung und die Unzugänglichkeit politischer Prozesse. Jugendliche geben in den Interviews an, dass junge Menschen oft nicht mitreden können, entweder, weil sie nicht ernst genommen werden oder weil Informationen nicht auf die Zielgruppe junger Menschen zugeschnitten ist. Die Erzählungen der Jugendlichen deuten damit auf einen weiteren Hinderungsgrund für politische Partizipation hin: Junge Menschen wird es vonseiten der Politik nicht ermöglicht, ernsthaft teilzunehmen. Im Folgenden gehen wir tiefer auf die Erzählungen der jungen Menschen ein.

Jungen Menschen zuhören und sie ernst nehmen

Verschiedene Befragte äußern, dass junge Menschen nicht das Gefühl haben, dass politische Beteiligung etwas ändert oder von Erwachsenen oder von politischen Verantwortlichen ernst genommen wird. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Motivation junger Menschen, sich mit politischen Themen zu beschäftigen oder sich für Themen einzusetzen. Gefragt danach, was junge Menschen aus ihrer Sicht brauchen, um politisch aktiv zu werden, sagt Caro (18, Berufskolleg) beispielsweise Folgendes:

„Hm, ich glaub, die brauchen halt äh das Gefühl, das, wenn sie was machen, dass es auch äh hilft. Weil oft, wenn Leute sich für irgendwas einsetzen, wird das gar nicht richtig beachtet.“

(Caro, 18, Berufskolleg)

Caro, die sich selbst im Interview als eher politisch inaktiv darstellt, beschreibt hier aus einer außenstehenden Perspektive, was sie als Motivation für die Beteiligung junger Menschen identifiziert, nämlich ein Gefühl der Selbstwirksamkeit. Gleichzeitig macht sie auch deutlich, dass sie eine fehlende Anerkennung für die politische Beteiligung junger Menschen wahrnimmt. Wo Caro noch offenhält, von wem die politische Beteiligung mehr Beachtung bekommen sollte, benennt Nele (17, Berufsausbildung) das sehr explizit: Jungen Menschen sollte gezeigt werden, dass ihre Beteiligung „bis äh hoch wirklich zu den Parteien, äh also richtig in die Politik mit rein geht“. Dabei betont sie, dass sie bisher nicht das Gefühl hat, dass das so passiert:

„also ich persönlich habe das Gefühl, dass es halt wirklich nicht allzu viel bringt, wenn wir ein bisschen auf die Straße gehen und sagen, so ein bisschen brüllen und versuchen und auf uns aufmerksam zu machen [...] das demotiviert auch einfach, wenn man weiß, okay, gut, bringt wahrscheinlich nichts. Und dann gibt dann steckt man da nicht die Energie rein.“

(Nele, 17, Berufsausbildung)

Nele drückt hier ein Gefühl von Ohnmacht aus, indem sie beschreibt, wie junge Menschen versuchen, auf sich aufmerksam zu machen, ohne dass dies gehört wird. Diese negativen Erfahrungen mit Beteiligung sind für Nele der Hauptgrund, warum jungen Menschen die Motivation fehlt, politisch aktiv zu werden. Ernst genommen werden von Erwachsenen ist auch für Livia (16, kooperative Gesamtschule) ein zentraler Bedarf für die politische Beteiligung junger Menschen. Dabei sollen die politischen Meinungen und Aktivitäten von jungen Menschen nicht heruntergespielt werden, nur, weil sie nicht von Erwachsenen kommen. Für sie und andere junge Befragte ist also klar: um politisch aktiv zu werden, braucht es eine Gesellschaft und politische Entscheidungsträger:innen, die zuhören und auf eine wertschätzende und anerkennende Art und Weise auf sie eingehen.

Zugängliche Politik

Politik ist für viele junge Menschen nicht unbedingt mit positiven Aspekten verknüpft. Wie in Abschnitt 3.1 beschrieben, gibt es junge Menschen in unserem Sample, die Politik vor allem mit institutionalisierten Strukturen und Menschen im Anzug verbinden – weder unbedingt anschlussfähig an die Lebenswelten vieler jungen Menschen noch attraktiv, sich damit zu beschäftigen. Ähnlich zeigt die Sinus Jugendstudie, dass politische Themen keinen hohen Stellenwert für junge Menschen haben bzw. andere Themen in ihrem Leben eine wichtigere Rolle spielen (Calmbach u. a. 2024). Um sich also mit Politik zu beschäftigen, sollte Politik, wie es verschiedene junge Menschen in den Interviews beschreiben, „spannender“ oder „interessanter“ werden. Max (17, Berufskolleg) findet dafür klare Worte: „damit Leute mehr auf Politik aufmerksam werden, sollte man vielleicht [...] Politik etwas interessanter machen, weil die meisten Leute finden Politik einfach nur langweilig. Und Kacke finden die meisten ja auch noch.“ Wie das „interessanter Machen“ geschehen könnte, bleibt in Max' Erzählung diffus, es überwiegt eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Attraktivität von Politik.

Im Material finden sich jedoch einzelne Vorschläge, wie Politik für junge Menschen zugänglicher gemacht werden könnte. So spricht sich Stephan (20, Hauptschulabschluss) für einen zugänglicheren Sprachgebrauch aus. In eine ähnliche Richtung geht der Vorschlag von Mia (15, Realschulabschluss), mehr kindergerechte Nachrichten bereitzustellen und in Kinderbüchern über Politik zu sprechen oder Politik anhand von Geschichten zu erzählen. Drei junge Menschen verknüpfen die Zugänglichkeit von Politik auch an den Gebrauch von sozialen Medien, eine zentrale Quelle für politische Inhalte (siehe Abschnitt 4.2). So sollten sich aus Sicht von Florian (17, Berufskolleg) z. B. Parteien mehr damit beschäftigen, was die Jugend gerade bewegt und auf welchen Plattformen sie unterwegs ist. Besonders relevant scheint dabei, dass er an einer anderen Stelle beschreibt, wie Slogans und Kurzaussagen auf Instagram oder auf Plakaten für ihn funktionieren:

„Wenn du zum Beispiel auf Instagram siehst, wenn du einen richtig lustigen Beitrag von einer, hm, Partei siehst, dann denkst du dir halt: Ja, ich fand die Partei sehr lustig, die hat einen sehr guten Spruch gemacht. [...] Und dann beschäftigt man sich halt mehr mit der Partei, weil du denkst dir, ja, die sind recht cool. Und wenn man dann so denkt, ja, mir gefällt die Partei, was die schon auf ihr Werbeplakat machen, was die so im Internet posten, dann denkt man sich halt, ja, komm, ich google mal, was die Partei eigentlich vertritt.[...]. Und dann geht man die halt wählen so da. Das ist halt das, was ich mache.“

(Florian, 17, Berufskolleg)

6.3 Zwischenfazit

Wenn es um die Bedarfe zu politischem Interesse und politischer Partizipation junger Menschen geht, blicken die Jugendlichen sowohl kritisch auf ihre Peers als auch auf das (politische) Umfeld. Ihre Antworten lassen sich zum Teil gut durch die Linse des Civic Voluntarism Model (Verba/Schlozman/Brady 1995) verstehen: Aus Sicht junger Menschen fehlt es teilweise an Motivation (*psychological engagement*) und an Netzwerken zur Beteiligung (*recruitment*). Darüber hinaus identifizieren junge Menschen einen Bedarf an ernsthaften Informations- und Teilhabemöglichkeiten.

Junge Menschen empfinden ihre Peers als teilweise unwissend, unmotiviert und egoistisch, was in ihrer Wahrnehmung zu einem geringen politischen Interesse und geringer Partizipation führt. Die Befragten knüpfen dabei teilweise an das Bild einer politikverdrossenen Jugend an. Gleichzeitig zeigt sich in ihren Erzählungen auch eine Vorstellung eines politischen Subjekts, das Merle-Marie Kruse (2021) als „dutiful/informed citizens“ beschreibt: Für junge Menschen sind gute politische Subjekte sowohl reichlich informiert als auch intrinsisch informiert, sich mit dem Politischen auseinander zu setzen. Dies deutet darauf hin, dass junge Menschen gesellschaftliche Narrative über Jugendliche und ihre Rolle in der Politik teilweise übernehmen. Es scheint also sinnvoll, diese Vorstellungen junger Menschen auch in der politischen Bildung und der Demokratieförderung aufzugreifen.

Darüber hinaus verorten junge Menschen Bedarfe auch im politischen und sozialen Umfeld. Die Jugendlichen beschreiben eine Politik, die die Interessen junger Menschen nicht ernst nimmt, unzugänglich ist und damit eine große Hürde für die politische Beteiligung darstellt. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der standardisierten Online-Erhebung, in dem weniger als die Hälfte der Befragten der Überzeugung ist, einen Einfluss auf Politikerinnen und Politiker zu haben und 23% angeben, sich aufgrund fehlender Wirksamkeit selten oder nie politisch zu beteiligen (Henschelmann/Meijer/Sauermann 2024). Darüber hinaus fehlt es manchen jungen Menschen an Netzwerken, um sich aktiv zu beteiligen, was ebenfalls im Einklang mit den Befunden der standardisierten Online-Erhebung steht (ebd.). Die Sicht der jungen Menschen auf die Bedarfe der Demokratieförderung zeigen damit einen Bedarf an einer Politik, die sich aufrichtig mit den Interessen und dem Engagement junger Menschen auseinandersetzt und sie in ihrer Ansprache mitdenkt. Denn, auch wenn sich aus Sicht der Befragten nicht alle jungen Menschen für Politik interessieren oder engagieren werden, gibt es auch noch etliche Hürden für die, die das durchaus wollen.

7 Fazit

Die qualitative Befragung Jugendlicher hatte zum Ziel, Bedürfnisse und Bedarfe junger Menschen in Bezug auf politische Bildung und Demokratieförderung zu identifizieren und besser zu verstehen. Die Analyseergebnisse geben einen Einblick in die Bezüge junger Menschen zu Politik, zeichnen ein Bild von ihren Erfahrungen mit der (schulischen) politischen Bildung und dem digitalen Raum und geben Hinweise, welche Bedürfnisse junge Menschen für sich und ihre Peers identifizieren. Somit bietet die Analyse verschiedene Anknüpfungspunkte für die Demokratieförderung und politische Bildung. Im Folgenden werden zentrale und wiederkehrende Themen aufgegriffen, die zwar schon in den einzelnen Kapiteln angesprochen wurden, aber in der Gesamtschau ein umfassendes Bild von den Bedarfslagen zeichnen.

Im Material zeigt sich bei vielen Jugendlichen ein enges und auf politische Institutionen und Verfahren begrenztes Politikverständnis, das mit einem Gefühl der Distanz zur Politik einhergeht. Dennoch zeigen die meisten Jugendlichen ein Interesse an Politik, und zwar insbesondere an aktuellen politischen Themen. Besonders hervorzuheben ist hier auch ein explizites Interesse an politischen Parteien, Parteipräferenzen und politischen Meinungen. Die Analysen deuten darauf hin, dass junge Menschen mit Blick auf diese Themen verunsichert sind und nach Erklärungen suchen. In diesem Zuge äußern sie das Bedürfnis nach sicheren Räumen, in denen (auch kontroverse) politische Fragen besprochen werden und Diskussionen und Debatten stattfinden.

Obwohl Parteipolitik im öffentlichen Diskurs angesichts aktueller Wahlergebnisse und dem Erstarken neuer Parteien eine zentrale Rolle spielt und ein Kernelement der repräsentativen Demokratie darstellt, wird es aus Perspektive der befragten Jugendlichen, und zwar insbesondere derjenigen auf nicht-gymnasialen Bildungswegen, in der Schule zu selten besprochen. So klingt in den Erzählungen durch, dass Lehrkräfte ihre politische Meinung verstecken oder normative Setzungen nicht ausreichend begründen, was zu einer Art Tabuisierung des Themas führt und die offene Diskussion im Klassenraum begrenzt. Dabei wünschen die jungen Befragten sich an verschiedenen Stellen konkrete Informationen und eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Parteien und politischen Positionen, da dies aus ihrer Sicht auch bei der eigenen politischen Meinungsbildung helfen kann.

Die Analysen offenbaren die jugendliche Perspektive auf ein Phänomen, das in der Literatur an verschiedenen Stellen thematisiert wird. Gemeint sind Vorstellungen, die Lehrkräfte über die Bedeutung von Neutralität und Kontroversität im Unterricht haben (siehe z. B. Brandt 2022). Eine Befragung von Politiklehrkräften und Referendar:innen weist darauf hin, dass ein großer Anteil davon ausgeht, dass der Beutelsbacher Konsens (BK) sie verpflichtet, ihre eigene politische Meinung im Unterricht zu verbergen. Den Autor:innen zufolge bestätigt dies „die in der Literatur geäußerte Sorge, der BK könne als *Neutralitätsgebot* im Sinne einer Entpolitisierung der Lehrerhaltung missverstanden werden“ (Oberle/Ivens/Leunig 2018, S. 60, H.i.O.). Auch für die außerschulische politische Bildung und Demokratieförderung

ergibt sich durch diese Lage ein dringender Bedarf nach der konkreten Beschäftigung mit politischen Parteien, politischen Meinungen und Kontroversen, insbesondere für junge Menschen mit niedrigem (formalem) Bildungsniveau.

Die Interviews mit den jungen Menschen verweisen überdies an verschiedenen Stellen auf die Bedeutung des digitalen Raums für politische Bildung und Demokratieförderung. Zum einen zeigt sich auch in dieser Befragung, wie wichtig digitale Medien für Jugendliche beim Zugang zu politischen Informationen sind und welches Potential die schnelle und unkomplizierte Verfügbarkeit von Informationen hat. Gleichzeitig zeigen sich in den Ausführungen der jungen Menschen große Bedarfe nach Sensibilisierung, Hintergrundinformationen und Umgangsstrategien zu den Phänomenen Desinformation und Hass im Netz, von denen in den Interviews eher als abstraktes Problem berichtet wird. Zum anderen verweisen die jungen Menschen explizit darauf, dass sie digitale Angebote und Formate der politischen Bildung für sinnvoll erachten und Angebote gerne „etwas moderner“ gestaltet werden können.

Darüber hinaus sei noch auf das Verhältnis von Nähe und Distanz zur Politik hingewiesen, das sich in den Interviews zeigt. Einerseits verfügen viele Jugendliche über ein enges Politikverständnis, im Rahmen dessen Politik als etwas Entferntes erscheint, mit dem sie wenig zu tun haben und in dem sie keine Selbstwirksamkeit erfahren. Andererseits wird in verschiedenen Kontexten ein starkes Bedürfnis nach erfahrungsbasiertem Lernen deutlich, nach Angeboten, die den Alltagsbezug von Politik aufgreifen und Demokratie spürbar machen, nach persönlichen Kontakten zu relevanten Personen und nach Erkundungen „vor Ort“. Schulische politische Bildung, aber auch außerschulische Angebote der Demokratieförderung sollten daher dringend versuchen, die Distanz junger Menschen zur Politik zu überbrücken und Politik und Demokratie greif-, erfahr- und erlebbar zu machen.

Gleichzeitig verorten die Jugendlichen einen Teil der Distanz zu Politik auch im politischen System. Sie nehmen wahr, dass junge Menschen sich nicht angesprochen fühlen und nicht gehört werden. Aus ihrer Sicht braucht es ein responsives politisches System, in dem Jugendliche mitgedacht und ihre Anliegen ernstgenommen werden. Eine gelungene politische Bildung oder Demokratieförderung geht also Hand in Hand mit einem System, in dem junge Menschen ihr Wissen und ihre Kompetenzen auch wirksam zum Einsatz bringen können.

Über die inhaltlichen Befunde hinaus zeigt diese Studie auch Möglichkeiten und Grenzen einer qualitativen Bedarfsanalyse mit Jugendlichen in den Bereichen der Demokratieförderung und politischen Bildung auf. Einerseits zeigte sich, dass manche junge Menschen durchaus klare Vorstellungen von ihren Bedürfnissen, z. B. zur Angebotsgestaltung, und eine differenzierte Perspektive auf die von ihnen erlebten Angebote haben. Diese Perspektive in einer Bedarfsanalyse zu zentrieren, ermöglicht es, nicht nur über junge Menschen und ihre Bedarfe in den Bereichen der Demokratieförderung und politischen Bildung zu sprechen, sondern diese um eine Nutzer:innenperspektive zu erweitern. Gleichzeitig fiel es manchen jungen Menschen schwer, ihre Wünsche zu artikulieren. Dies kann, wie bereits in Kapitel 5 dargelegt, verschiedene Gründe haben. Festzuhalten ist hier, dass es sich durchaus

lohnenswert, bei Bedarfsanalysen mit Jugendlichen, vor allem zu breiten und abstrakten Themen wie Demokratieförderung, verschiedene Methoden (Gruppendiskussionen, Workshops, Action Research) auszuprobieren und zu evaluieren.

8 Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin
- Andresen, Sabine/Wilmes, Johanna/Möller, Renate/Bertelsmann Stiftung (2019): Children's Worlds+: Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland // Children's Worlds+. Bertelsmann Stiftung
- Brandt, Leon A. (2022): Extrem neutral? Verfassungs-, Sozial- und Datenschutzrecht: Anforderungen und Potenziale für politische Bildung, Extremismusprävention, Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit rechtsextremen Kindern und Jugendlichen. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2022): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin
- Calmbach, Marc/Flaig, Bodo/Gaber, Rusanna/Gensheimer, Tim/Möller-Slawinski, Heide/Schleer, Christoph/Wisniewski, Naima (2024): Wie ticken Jugendliche? 2024. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn
- Henschelmann, Karl-Philipp/Meijer, Laura/Sauermann, Pia (2024): Standardisierte Online-Erhebung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren. Teilbericht 4 des Projekts „Ermittlungen von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Halle (Saale)
- Herfurth, Esther/Steinhauer, Ramona/Stolz, Heinz-Jürgen (2023): Subjektive Bedarfe von Kindern und Jugendlichen. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh
- Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz (Hrsg.) (2024): Lauter Hass - leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin
- Koopmann, F. Klaus (2002): Experiential civic learning by using "Projekt: Aktive Bürger". In: JSSE - Journal of Social Science Education
- Kruse, Merle-Marie (2021): Politik, Medien und Jugend. Dissertation
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundlagentexte Methoden. 5. Auflage. Weinheim/Basel
- Lange, Valerie (2018): Politische Bildung in der Schule - ein Statusbericht. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Kultusministerien. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin
- Maier, Tanja (2024): Politische Bildung mit sozialen Medien. <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/soziale-medien/546438/politische-bildung-mit-sozialen-medien/> (23.10.2024)
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (2023): JIM-Studie 2023. Jugend, Information, Medien. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs). Stuttgart
- Meijer, Laura/Sauermann, Pia (im Erscheinen): Die Analyse von Bedarfen in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention. Grundsätzliche Überlegungen zur Konzeption und zum Zusammenspiel mit Wirkungsevaluationen. In: Greuel, Frank/Heinze, Franziska/König, Frank (Hrsg.): Liebe Laura, ihr könntet das so zitieren: Meijer/Sauermann (i. E.): ... In: Greuel, Frank/Heinze, Franziska/König, Frank (Hrsg.): Was wirkt wie und warum? Wirkungsevaluationen in pädagogischen Handlungsfeldern für Demokratie und gegen Extremismus. Weinheim
- Oberle, Monika/Ivens, Sven/Leunig, Johanna (2018): Grenzenlose Toleranz? Lehrervorstellungen zum Beutelsbacher Konsens und dem Umgang mit Extremismus im Unterricht. In: Möllers, Laura/Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und politische Bildung. Frankfurt (Main), S. 53–61
- Sander, Wolfgang/Reinhardt, Sibylle/Petrik, Andreas/Lange, Dirk/Henkenborg, Peter/Hedtke, Reinhold/Grammes, Tilman/Besand, Anja (2016): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Schwalbach/Ts.
- Schlimbach, Tabea/Guglhör-Rudan, Angelika/Herzig, Meike/Heitz, Hannah/Castiglioni, Laura/Boll, Christina (2024): Kinderarmut? Die Perspektive von Kindern und Jugendlichen. Abschlussbericht zum Projekt „Befragung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Einführung einer Kindergrundsicherung in Deutschland“. München
- Schreier, Margrit (2014): Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. In: Forum Qualitative Sozialforschung, 15. Jg.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E. (1995): The Civic Voluntarism Model. In: Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E. (Hrsg.): Voice and Equality. Civic voluntarism in American Politics. London/Cambridge, S. 269–287

Walter, Elisa/Ehnert, Katrin (2022): Demokratieförderung Begriffsverständnis und Schwerpunkte in der Praxis der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung. Handreichung zum 1. Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung. Deutsches Jugendinstitut e. V. München/Halle (Saale)